

FREIHEIT UND RECHT

Halbjahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

Mai 2014/1

Erinnerung an den Widerstand – ohne antiquarisches Gedenken!

Von Peter Steinbach

In der Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus spiegelten sich immer vielschichtige zeithistorische Erfahrungen. Sie wurden beeinflusst durch die Nationalsozialisten, die den Widerstand kriminalisiert und nach dem 20. Juli 1944 verkündet hatten, „ehrgeizzerfressene“ Verräter hätten Hitler töten und sich an der „Vorsehung“ versündigen wollen. Nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft wirkten sich geschichtspolitische Interessen der Siegermächte aus.

Sie erschwerten die Würdigung des Widerstands. Deshalb sind die ersten Gesamtdarstellungen und Zeugnisse des Widerstands in der Schweiz veröffentlicht worden. Auch die Selbstentlastungen und Selbsterklärungen der Zeitgenossen wirkten sich aus. Sie rechtfertigten ihre Folgebereitschaft und beschworen ihre „Eidtreue“, verwiesen auf die angeblich allumfassende Überwachung durch die Gestapo, auf die Allgegenwart des Terrors. In den fünfziger Jahren wurden diese Erklärungen noch einmal überlagert durch die Erfahrung der deutschen Teilung und die Entstehung einer totalitären Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone. Noch einmal verschoben sich Bewertungskriterien, denn durch die deutsche Teilung entwickelte sich eine Konkurrenz um die gültige Deutung des Widerstands. In der DDR wurde



Der Autor ist Historiker und Politikwissenschaftler. Er lehrte als Professor für Politikwissenschaft bzw. Neuere und Neueste Geschichte an den Universitäten Passau, FU Berlin, TU Karlsruhe und Mannheim. Gemeinsam mit J. Tuchel ist er wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

Foto: Steinbach

die Führungsrolle der Kommunistischen Partei betont, in der Bundesrepublik wurde vor allem der bürgerliche und militärische Widerstand gewürdigt. So schlug sich der „Kalte Krieg“ auch in den Geschichtsbildern nieder.

Entscheidender für die Würdigung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus als die politischen

Verwerfungen der Fünfziger Jahren waren aber die Befindlichkeiten der Zeitgenossen. Es brauchte viele Jahre, ehe der Widerstand aus dem Umkreis des 20. Juli 1944 vom Odium des Landesverrats befreit wurde. Noch Anfang der sechziger Jahre war es nicht selbstverständlich, davon überzeugt zu sein, dass sich zentrale politische Maßstäbe - Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung - auch im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gebildet, befestigt und bewährt hätten.

Damals taten sich die Deutschen trotz des regelmäßigen öffentlichen Erinnerns an den Widerstand schwer mit dem Eingeständnis,
(Fortsetzung Seite 3)

Hans-Jürgen Grasemann
**Im Aufstand gegen
Hitler gaben sie
ihr Leben**

Seite 8

Gerald Wiemers
**Die Jenaer
Widerstandsgruppe
Tzschach**

Seite 9

Inhaltsverzeichnis

Peter Steinbach	
Erinnerung an den Widerstand – ohne antiquarisches Gedenken	Seite 1
<i>Online-Angebot und Spendenbitte</i>	Seite 2
Impressum	Seite 2
Hans-Jürgen Grasemann	
Im Aufstand gegen Hitler gaben sie ihr Leben	Seite 6
Gerald Wiemers	
Die Jenaer Widerstandsgruppe Tzschach	Seite 9
Armin Pfahl-Traughber	
Der Islamismus ist kein grüner Faschismus, aber religiöser Extremismus und Totalitarismus	Seite 11
Armin Pfahl-Traughber	
Der Nutzen der vergleichenden Extremismusforschung	Seite 12
Michail Logvinov	
Der ukrainische Kreidekreis	Seite 13
Nürnberg – London und zurück: Rudi Ceslanski	Seite 15
Jürgen Maruhn – ein Leben für die Freiheit	Seite 17
Neuerscheinungen	Seite 18
Editorial	Seite 20

FREIHEIT UND RECHT

auch elektronisch

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern senden wir auch die mit der gedruckten Ausgabe deckungsgleiche Online-Version unserer Zeitschrift. Bitte teilen Sie der Redaktion (E-Mail: barbara.szkibik@gmx.de) Ihren diesbezüglichen Wunsch und Ihre E-Mail-Adresse mit. Mitglieder des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V. erhalten das gedruckte Heft in jedem Falle weiterhin. Falls die Sendung – gleich welcher Art – nicht wunschgemäß funktionieren sollte, unterrichten Sie bitte die Redaktion.

Dank an Leser und Autoren

Infolge beachtlicher Unterstützung durch die ohne Honorar arbeitenden Autoren und Spenden aus der Leser- und Mitgliedschaft ist es möglich, die traditionsreiche Zeitschrift aufrechtzuerhalten und dem Konzept einer kombinierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Feinden der Demokratie eine Stimme zu verleihen. Dafür sind wir dankbar! Ebenso dankbar sind wir für den Zuspruch aus Politik-, Geschichts- und Rechtswissenschaft sowie aus dem Kreise von Bundes- und Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Insbesondere freuen wir uns über die Unterstützung der Stiftung Bayerische Gedenkstätten.

Dringende Bitte um weitere Spenden

Bis auf Weiteres ist nur ein zweimaliges Erscheinen pro Jahr möglich, und auch dies nur, wenn die Spenden nicht nachlassen. Wir bitten erneut um viele kleine und gern auch größere Spenden, wo immer dies möglich ist.

Die Konto-Angaben lauten:

FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchner Bank.

Es grüßen freundlich

Herausgeber und Redaktion

FREIHEIT UND RECHT

**Halbjahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Dr. Helmut Ritzer, Kochstraße 21, 91054 Erlangen

Redaktion: Barbara Szkibik, E-Mail: barbara.szkibik@gmx.de

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Fortsetzung von Seite 1

dass es zur Anpassung und Folgebereitschaft Alternativen gab. Immer wieder rückten sie Regimegegner in das Zwielficht. Zunächst bezeichneten sie diese als Hoch-, dann als Landesverräter, und seit den fünfziger Jahren rückte man sie zunehmend in das Halbdunkel, das unvermeidlich entsteht, wenn man die Grenzen von Konfrontation und Kooperation, von Opposition und Funktionserfüllung im Verwaltungs- und Wehrmachtapparat nicht zu bezeichnen, sondern lebenspraktisch, geradezu täglich, gleichsam existentiell auszuhalten hat. Hinzu kam der Versuch der parteipolitischen Ausnutzung von Traditionssträngen, der zugleich exklusive Ansprüche erhob.

Erst langsam wurde anerkannt, dass der Widerstand eine Alternative zu seiner Zeit verkörperte. Zugleich hatte er das Zwielficht kennengelernt, das Opposition im Dritten Reich unausweichlich nach sich zog. Zwielficht unterscheidet sich von der Dunkelheit, es kann in diese hinein führen, aber auch in das Licht des Tages. Es zeichnet sich durch eine Ambivalenz aus, die ein großes Potential in sich trägt. Denn wer im Zwielficht steht, und vielleicht sollte man besser vom „Schatten“ sprechen, und sich dort für Klarheit und Wahrheit, für Eindeutigkeit entscheidet, der befreit sich aus eigener Kraft, der bahnt sich einen neuen Weg.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verständlich, wenn wir immer wieder mit Blick auf den Widerstand über die angebliche Verstrickung von Regimegegnern in Strukturen des Regimes diskutieren. Sie wussten besser als wir, dass es in Diktaturen keine Schuldlosen gibt. Durch ihren Widerstand fühlten sie sich nicht schuldlos, sondern doppelt schuldig. Sie übernahmen die Verantwortung für ihre Tat und bekannten sich zu einer Verantwortung, der gerade nicht aus der Schuld herausführte, sondern eine schwerere Last bedeutete: für sich, für ihre Angehörigen und Gesinnungsfreunde Tatfolgen entstehen zu lassen, die sie der Willkür des Regimes auslieferten, die Verach-

tung der Schergen zu tragen und einen Tod zu sterben, den die meisten Zeitgenossen als schimpflich verunglimpften.

Eberhard Bethge, der Freund von Dietrich Bonhoeffer, brachte dies vor fast fünfzig Jahren bei der Einweihung des Adam-von-Trotth-Hauses der Evangelischen Kirche in Berlin-Wannsee zum Ausdruck. Er entfaltete ein breites Spektrum der Widerständigkeit, das von inneren Entwicklungsstufen der Nonkonformität bis zur aktiven Konspiration reichte, die „keine Deckung kennt“. Diese Rede machte Mitte der sechziger Jahre, auf dem Höhepunkt der damaligen Verjährungsdebatten, allen, die nach völlig unbelasteten Zeitgenossen diktatorischer Systeme suchten, deutlich, dass im Widerstands eine Entscheidung erfolgte, die Folgen für das weitere Verhalten hatte und so ein Risiko entfaltete, das schließlich den Tod bedeutete.

Der Weg in den Widerstand ist ein Prozess nach einer persönlichen Entscheidung, die Ergebnis der Kraft zur Distanzierung von Konformitätsdruck und von den Zeitströmungen bedeutet, denen sich der Mensch - Zuschauer und Feigling in einem - gern anpasst, um Schwierigkeiten zu vermeiden, Unbehagen zu verdrängen, in einer Nische zu überleben. Wer sich angesichts der Wirklichkeit für ein Risiko entscheidet, bewahrt sich die Kraft zur Distanzierung aus Traditionen, aus Empörung und Skepsis, aus Mitmenschlichkeit. Er will nicht nur überleben, sondern stellvertretend für andere handeln. Dazu braucht er die Fähigkeit zur Empörung, zum genauen Hinsehen, zum Willen, etwas ganz genau sehen zu wollen. „Nichts gesehen, nichts gewusst!“ - das ist keine Lösung für jene, die sich nicht als „Füllsel“ ihrer Zeit verstehen, wie Moltke einmal sagte, die wussten, was es bedeutet, aufgrund einer ganz persönlichen Entscheidung das „Nessushemd“ gewählt zu haben und es nicht mehr abzulegen.

Bethge entwickelte Kategorien, um die innere Entwicklung innerhalb der Widerständigkeit und des Widerstands anschaulich zu machen.

In der Konfrontation mit Regimegegnern konnten Nachlebende politische Maßstäbe aus den Erfahrungen des Widerstands begründen. Gewiss wäre es völlig unangemessen, sich zu bescheinigen, man hätte dabei Erfolg gehabt. Zumindest keinen nachhaltigen. Denn jede Nachricht zum Tage zeigt, dass es uns als Nachkriegskindern nicht gelungen ist, nach der Befreiung von der NS-Herrschaft die Erwartungen der Überlebenden wirklich zu erfüllen. Denn wir schauen nicht immer genau hin, und wir besänftigen unser schlechtes Gewissen oft genug, indem wir selbst das Zwielficht produzieren, das im Nebeneinander von Gründen und wohl abgewogenen Gegengründen entsteht. Nicht selten abstrahieren wir von Zeitumständen, von Entscheidungsdispositionen und Handlungsspielräumen, wenn wir Regimegegner beurteilen.

Dabei käme es darauf an, von den eigenen Prämissen abzusehen und die anderer zur Kenntnis zu nehmen. Es war zu kurz gegriffen, den Widerstand im Umkreis der Attentäter vom 20. Juli 1944 mit den Maßstäben des Grundgesetzes zu messen, ebenso, wie das Schicksal der Emigranten auf das der Wehrmachtangehörigen zu beziehen oder Johann Georg Elser als Werkzeug der SS zu verunglimpfen. Die Fähigkeit einer Empörungsgesellschaft, die jeden Erinnerungshype anscheinend spontan aufgreift, ist medial vermittelt und außengesteuert. Sie erregt sich über Bohrrinseln, das Ende einer Musik-Band, den Tod Dianas, aber nicht über den Erstickungstod eines Asylbewerbers, dem man einen Helm über den Kopf gestülpt hat. Und ebenso erliegt sie jeder inszenierten Debatte über Schuld und Verstrickung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, weil sie sich kaum vorzustellen vermag, dass das Spannungsverhältnis von Kooperation und Opposition, von Widerstand und Anpassung, von Tarnung und Vertrauen auszuhalten war.

Antiquarisches Erinnern festigt keine politischen Bewertungsmaßstäbe und prägt auch nicht die moralischen Koordinaten. So ist es nicht verwunderlich, dass wir immer wieder auch im Großen versa-

Erinnerung an den Widerstand

gen - wie die Generation unserer Eltern. Vor unseren Augen vollzog sich vor zwanzig Jahren im ehemaligen Jugoslawien eine europäische Tragödie. Wir nehmen Teil an den Katastrophen in Zentralafrika, in Syrien, an der Unterdrückung Oppositioneller in Russland. Wir sehen tagtäglich in vorzüglich informierenden Medien, welches Unrecht überall geschieht. Wir verwenden inzwischen den Begriff des Genocides im Plural. Wenn wir also selbstkritisch sind, müssen wir uns eingestehen, dass wir als Zuschauer dieser Katastrophen eigentlich gelernt haben müssten, unsere Eltern zu verstehen. Auch sie waren - fern der Einsatzorte, Ghettos und Verbrechen - zuallererst Zuschauer, die sich allerdings im Unterschied zu uns nicht auf Medien stützen konnten, die ein Bild schrecklicher Wirklichkeit in jede Stube tragen und eigentlich einen massenhaften Aufschrei hätten stimulieren müssen.

Mit unserer Empörungsfähigkeit ist es nicht sehr weit her ist. Empörung ist keine Lösung, gewiss, aber ausbleibende Empörung schon gar nicht. Sicherheit haben wir nicht, und es bleibt oft nur, mit Aporien zu leben und sich dennoch zu entscheiden, auch auf die Gefahr, immer mehr in die Lage zu geraten, die der Heidelberger Theologe Maass auf den Satz brachte: „Wir stecken mittendrin“.

Zur Selbstsicherheit besteht kein Anlass. Denn Europa, und das heißt: wir, jeder von uns, hat erneut in den Jahren seit dem Umbruch den vollmundig erhobenen Anspruch auf Zivilität, auf Sicherheit und Zusammenarbeit mit verspielt. Die Gründe für dieses Elend, für das sich der Begriff „ethnische Flurbereinigung“ einbürgerte, sind den unmittelbar Beteiligten kaum klar. Die Opfer zumindest wussten mit Sicherheit nur, was, nicht aber: warum es ihnen geschah. Vielleicht ging es um Macht, vielleicht um militärische Präsenz, vielleicht um anderes. Um die Menschen schien es jedenfalls nicht zu gehen. Und man sah nicht nur nicht das Entsetzen in den Augen des Mitmenschen, man sah in ihm nicht einmal den Mitbürger, den Zeit- und den Leidensgenossen.

Vor zwanzig Jahren wurde der Begriff der „ethnischen Flurbereinigung“ in den allabendlichen Nachrichtensendungen ohne Anführungszeichen verwendet. Wir hatten uns damals daran gewöhnt, dass sich die Katastrophe Europas im zerfallenden Jugoslawien zu vollenden schien. Allabendlich konnten wir in den Nachrichtensendungen Bilder von Menschen sehen, denen aus nationalistischen Gründen unmenschliche Lebensbedingungen zugemutet wurden, Bilder von Menschen, die nicht geschützt wurden, die rücksichtslos vertrieben und verjagt, eingesperrt und deportiert wurden, weil sie - etwa - Moslems sind, weil sie - etwa - Griechisch-Orthodoxe oder Katholiken waren. Unser Kopfschütteln half nicht, und zudem sollten wir uns erinnern, dass es erst dreihundert Jahre her ist, dass sich unsere Vorfahren in der Mitte Europas aus denselben Gründen malträtierten, weil sie den Anderen als Fremden, als ihre „Infragestellung“, nicht aushielten.

Das Urteil über die Zeitgeschichte hängt angesichts des Zivilisationsbruchs ganz stark von moralisch begründeten Urteilen ab. Angesichts des Völkermords an den Juden, an den Sinti und Roma, angesichts der Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen, die nicht als Kameraden galten, angesichts der Ausbeutungs- und Verschleppungspolitik und des brutalen Kampfes gegen Partisanen, die als bolschewistische „Horden“ galten, angesichts der Ermordung Geisteskranker und Übergriffe zu Lasten der innenpolitischen Gegner ist dies auch mehr als verständlich. Andererseits erklärt die nachträgliche moralische Verurteilung nichts; sie erweist den historisch orientierten Zeitgenossen nicht nur als Staatsanwalt, sondern als Mitglied eines Weltgerichts, das letztlich unbeteiligt ist an der Bewältigung von Gefährdungen, die ihn ebenso bedrängen wie auch als Mensch charakterisieren.

Blicken wir auf die Zeit seit 1945, auf Kriege, Bürgerkriege, neue Kooperationen und Konfrontationen, auf Versuche, Kompromisse zu finden, um den Untergang zu vermeiden, zu überleben. Dabei gibt

sich der Beteiligte und Verantwortliche zuweilen auf eine schiefe Bahn, vor allem, wenn ihm die Voraussetzungen und die Ziele, aber auch die Folgen von notwendigen Kompromissen nicht mehr bewusst sind. Damit komme ich in unsere Gegenwart. Wir scheinen viel hinzunehmen, ein wenig ratlos, immer hilflos, und vor allem geneigt, uns nicht in unserer eigenen Ruhe aufstören zu lassen.

Wir, die Zuschauer, sind wahrlich tief gesunken, und diese Feststellung wiegt vor allem deshalb so schwer, weil wir ja tagtäglich unsere Mobilisierungsfähigkeit aus moralischer Empörung unter Beweis stellen, wenn diese Moral einen Bezug zu unseren eigenen Lebensumständen hat. Empörung leisten wir uns leicht, schnell und gern, wenn es um uns geht. Die Ankündigung der Versenkung einer zu verschrotenden Verladestation in der Nordsee etwa veranlasste die Deutschen umgehend zu einem entschiedenen Boykott von Tankstellen eines Konzerns. Übergriffe gegen Menschen hingegen haben keineswegs diese Wirkung. Wir nehmen hin, dass sich in Afrika die Angehörigen unterschiedlicher Ethnien ausrauben, vertreiben und umbringen. Wir nehmen hin, dass in China zwanzigjährige Oppositionelle zu Haftstrafen verurteilt werden, die fast einem Todesurteil gleichkommen. Wir sehen die Innenpolitik anderer Staaten aus einem Blickwinkel, der die Nichteinmischung zur Grundlage seiner Außenpolitik macht. Die Universalisierung der Menschenrechte bleibt eine Utopie.

Dabei haben wir uns immer wieder eingeredet, aus der Geschichte lernen zu wollen, zu können und zu müssen. Aber wer fühlt sich nicht an jene Bilder erinnert, die wir in den letzten Monaten im Zusammenhang mit dem Kriegsende immer wieder beschworen haben, ob es sich um Deportation oder um Vertreibung, um Flucht und Umsiedlung gehandelt hat? Sollten wir nicht beginnen zu begreifen, wie der Mechanismus funktioniert, der Menschheitsverbrechen ermöglicht, die Karl Jaspers immer als Verbrechen an der Menschheit beschäftigt haben? Wir sehen das Unrecht zwar, aber wir

verdrängen im selben Augenblick das Unbehagen über das Gesehene. Wir machen uns so nicht wirklich betroffen, sondern wir machen vor allem weiter, am liebsten wie bisher.

Haben wir wirklich aus der Geschichte gelernt? Wie steht es mit unserer Moral, die angeblich Konsequenz historischer Erfahrung sein soll? Wie steht es mit dem Satz von Camus, es sei eines der größten Verbrechen, Kinder weinen zu lassen, wie mit dem Relativismus von Popper, es sei schon sehr viel, Elend zu verhindern? Was haben wir gelernt aus Deportationen, aus Vertreibungen, aus der Gewaltanwendung gegenüber der Zivilbevölkerung, die zum Spielball von Militärs wurde?

Ein kluger Zeitgenosse bemerkte einmal, er verfüge über ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Denn er sei in der Lage zu vergessen, was er wolle. Dieser Satz war witzig gemeint und demaskierte dennoch einen wichtigen Bezugspunkt jeder Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Denn die Neigung, Gras über Ereignisse wachsen zu lassen, ist nicht selten übermächtig, nicht nur bei denjenigen, die wir als Täter bezeichnen, sondern auch bei jenen, die wissen, dass Verdrängung nicht selten eine Überlebensvoraussetzung ist. Erinnerung schmerzt oftmals, und nicht selten tut sie sogar ganz persönlich weh.

Vor diesem Hintergrund hatte es die Erinnerung an den Widerstand niemals leicht. Dies gilt insbesondere für Deutschland. Dies ist nicht schwer zu erklären. Die liberale Demokratie der pluralistischen Gesellschaft wurde geradezu als Gegenbild des deutschen Obrigkeitsstaates verunglimpft. Sie begriff sich stets als Gegensatz zur Diktatur - sie verkörperte angesichts diktatorischer Ansprüche einen Gegenentwurf, der nicht in den Gegensätzen zwischen den Diktaturen selbst - den stalinistischen und nationalsozialistischen, den sozialistischen und autoritären, den totalitären und den totalen - aufgerieben wurde, sondern der sich gerade in der Konfrontation mit diktatorischen Politikentwürfen zu behaupten vermochte. Historische Erfahrung und politisches Bewusstsein gingen eine enge Ver-

bindung ein. So gesehen, waren die Auseinandersetzungen der liberalen Gesellschaften mit ihrer eigenen Herkunft aus den großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts wichtig, um jeder „totalitären Versuchung“ zu widerstehen.

Diese historisch gesättigte liberale Denkform, die alle großen Parteien der frühen deutschen Nachkriegsdemokratie prägte, entfaltete in der Vorbereitung des europäischen Umbruchs von 1989 noch einmal eine große Attraktivität. So war es kaum erstaunlich, dass die ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen den Entwurf einer Bürgergesellschaft neu belebten und in ihr den Ansatzpunkt für ein Politikverständnis erblickten, das nicht mehr auf die Durchsetzung von Macht allein, sondern auf die Qualität der neuen Ordnung zielte. Dieses Verständnis von Politik war durch den Wunsch charakterisiert, eine Art „Anti-Politik“ zu realisieren. Es ging im Protest gegen die sozialistischen Führungsschichten der Opposition nicht um Macht, sondern um eine Prägung des menschlich-politischen Miteinanders. Wohl niemals ist mit einem auf Gewaltfreiheit angelegten politischen Konzept, das nicht auf Macht setzte und nicht auf neue Herrschaft zielte, ein als stabil geltendes politisches System, dem man sogar noch kurz zuvor die allergrößte Stabilität bescheinigt hatte, in kürzester Zeit zerstört worden.

Angesichts unserer Auseinandersetzungen über die deutsche Zeitgeschichte mag es deshalb siebzig Jahre nach dem Anschlag Stauffenbergs vom 20. Juli 1944 gut sein, sich daran zu erinnern, dass es eine antidiktatorische Gemeinsamkeit über die Grenzen hinweg gibt. Unter dem Eindruck des Schreckens, vor dem wir als Zeitgenossen alle versagt haben, ist der Blick frei für die Zusammenhänge, die unabhängig von den tagespolitisch motivierten Chiffren gelten. Gedenken kann die Deutung von Geschichte zur Modeerscheinung machen. Vergangenheit ist aber nicht nur der Anlass für Partydispute. In ihr lässt sich auch die Substanz deutlich machen, aus denen die Gestaltung der Gegenwart erwächst.

Geschichte zählt so mehr als die Rechthaberei im Kampf um die Erinnerung. Blicken wir gemeinsam auf die Trümmer eines nach 1933 fast zertrümmerten Konsenses. Dies war das Ergebnis eines „Verlustes an humaner Orientierung“, die sich zeithistorische Erfahrungen zunutze machen wollte. Gedenken sucht sich häufig Anlässe: Symbole, Jahrestage, Orte. Nicht selten suchen diejenigen, die Gedenken wollen, aber auch bewusst nach Anlässen, um Erinnerung zu demonstrieren. Diese Auseinandersetzung kann der Annäherung an die Vergangenheit dienen, aber auch zum Ausgangspunkt von Konflikten werden, die auf die Gegenwart weisen. Sehr schnell geht es dann nur noch um die Gegenwart, also um die, die sich durch ihr Gedenken herausheben und vielleicht sogar hervortun wollen.

Im Widerstand konditionieren wir manche Koordinaten, nicht nur in Deutschland. Was wäre ein Schweizer ohne Wilhelm Tell, ein Amerikaner ohne Paul Severe, ein Tiroler ohne Hofer, ein Italiener ohne Matteotti, ein Franzose ohne die Jungfrau von Orleans, ein Südamerikaner ohne Simon Bolivar und ein Tscheche ohne Jan Hus. Wir Deutschen hatte lange Zeit nur Arminius den Cherusker, vielleicht noch Luther in Worms.

Das ändert sich mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Er lässt sich nicht benutzen, um das Gewicht der deutschen Geschichte zu erleichtern, sondern verstärkt die Last, denn augenscheinlich gab es eine Alternative zur Anpassung, zur Folgebereitschaft, zum blinden Gehorsam.

Erinnerung muss erarbeitet werden, sie fällt nicht in den Schoß der Gesellschaften, und sie ist schon gar nicht das Ergebnis von Erinnerungs- und Geschichtspolitik. Diese kann sogar zur Gefahr für das kollektive Gedächtnis werden, wenn sie Geschichte zum kollektiven Besitz erklärt. Denn Besitz schließt zugleich aus, begründet Exklusivität. Geschichtspolitik verwandelt die Erinnerung an die Vergangenheit in Pfeile, die aus dem Köcher gezogen werden, nachdem die Vergangenheit zum Politikum geworden ist.

Im Aufstand gegen Hitler gaben sie ihr Leben

Vor 70 Jahren: „Aufstand des Gewissens“

Von Hans-Jürgen Grasmann

Attentat und Staatsstreich am 20. Juli 1944 waren kein Einzelfall unter dem Eindruck der bevorstehenden Niederlage. Pläne und Versuche, Hitler zu töten, gab es seit 1938 nicht wenige. Nicht vergessen ist Georg Elzers Bombenschlag im Münchner Bürgerbräukeller im November 1939. Als Widerstand gegen das verbrecherische NS-Regime aber bleibt das „Stauffenberg-Attentat“ im Gedächtnis der deutschen Nation und der Welt. Frühere Aktionen der militärischen Verschwörer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Henning von Tresckow stehen hingegen dahinter zurück: Ihr Vorhaben, Hitler bei der Vorführung neuer Uniformen durch Zünden einer Bombe zu töten, wurde durch Abläufe, auf die sie keinen Einfluss hatten, durchkreuzt. Ihre Leistung, in Swerdlowsk zwei als Kognakflaschen getarnte Zeitzündbomben als angebliches Geschenk für einen Offizier in der „Condor“ unterzubringen, um das Flugzeug mit Hitler an Bord zum Absturz zu bringen, wurde nicht belohnt, weil die englischen Zünder im kalten Frachtraum versagten.

Für viele ist der 20. Juli 1944 allein mit dem Namen Stauffenberg verbunden. Vor allem Spielfilme mit unterschiedlichsten Besetzungen der historischen Figur haben dazu beigetragen. Freilich muss sich noch immer jeder dieser ausnahmslos hervorragenden Filme an „Operation Walküre“ von Joachim C. Fest aus dem Jahr 1971 messen. Der zweiteilige dokumentarisch aufgebaute Film glänzt mit allem, was an authentischen Zeugnissen über den 20. Juli 1944 vorhanden war, mit Berichten von 25 unmittelbar beteiligten Augenzeugen und Überlebenden und der Einblendung

wahrheitsgetreuer szenischer Rekonstruktionen. Die Film-Doku unter der Regie von Franz Peter Wirth wurde zu Recht mit der Goldenen Kamera und dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet.

Zum 70. Jahrestag des 20. Juli 1944 ist der deutsche Widerstand kein Forschungsproblem mehr. Eine unübersichtbare Literatur, unzählige Ergebnisse von Forschungsprojekten,



Claus Schenk Graf von Stauffenberg
Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

die jahrzehntelange Verlässlichkeit der Arbeiten und Ausstellungen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, sämtliche abrufbaren Reden auf den jährlichen Gedenkfeiern im Ehrenhof des Bendler-Blocks und in der Hinrichtungsstätte Plötzensee stehen Wissenschaft und Öffentlichkeit zur Verfügung. In den Schulen und in der politischen Bildung wird dem historischen Widerstand durch aktu-

ellen Bezug unverändert Interesse entgegen gebracht.

Allein mit der Angst

Dennoch ist vor allem der militärische Staatsstreich noch immer ein Vermittlungsproblem. Ethische, moralische und historische Fragen werden auch 70 Jahre später noch gestellt. Manche verbinden das Scheitern des Aufstandes mit der Kritik, er sei zu spät und unzulänglich vorbereitet gewesen.

Diese Kritik übersieht jedoch, dass der Widerstand vorwiegend aus Individuen und kleinen Gruppen unterschiedlicher Kreise bestand, die häufig ohne gegenseitigen Kontakt und in großer Vereinzelung wirkten. Jede Kontaktaufnahme zwischen den militärischen Verschwörern und dem politisch-konservativen Widerstand um Carl Goerdeler, dem christlichen Widerstand der Bekennenden Kirche mit Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller und Hans-Joachim Iwand und dem liberalen Kreisauer Kreis, der sich um Helmuth James von Moltke und Peter York von Wartenburg gebildet hatte, ließen eine Enttarnung durch die Gestapo und die schlimmsten Folgen befürchten.

Vor allem in Behörden mit vielen Mitarbeitern waren Vorsichtsmaßnahmen für das Überleben wichtig. Weil größere Mengen Papierschnitzel von überholten Plänen und Entwürfen in den Papierkörben aufgefallen wären, mussten die Blätter im Toilettenbecken verbrannt werden, immer in der Gefahr der Entdeckung. Die Mitnahme solcher Unterlagen in Taschen, um sie im heimischen Kamin zu verbrennen, war ebenfalls nicht risikofrei.

Alle Verschwörer lebten in ständiger Anspannung und Angst um sich und ihre Familien, die durch

Nichteinweihung in die Umsturzpläne geschützt werden mussten. Ihre Einsamkeit ist oft eindrucksvoll beschrieben worden. „Sie waren zur Einsamkeit im eigenen Volk verurteilt, verkörperten nicht den Willen ihres Volkes und konnten, selbst bei Gelingen, nicht einmal auf Zustimmung rechnen. Sie wurden nicht vom Ausland gestützt und ermutigt. Sie waren allein“, wie es der ehemalige polnische Botschafter Janusz Reiter in seiner Rede auf der Gedenkfeier 2012 im Bendler-Block ausdrückte und damit Carl Zuckmayers Gedanken aufgriff, der 1969 von der Einsamkeit, die kaum zu ermessen sei, gesprochen hatte. „Es ist leicht, am Mißlingen dieses Aufstandes Kritik zu üben, seine vielfache Verspätung, seine ungenügende Vorbereitung und Absicherung zu bemängeln. Aber wer, der lebt, könnte von sich sagen, dass er unter gleichen Umständen den glei-



*Ewald Heinrich von Kleist.
Foto: Gedenkstätte Deutscher
Widerstand, Berlin*

chen Mut und die gleiche Haltung aufgebracht hätte?“, fragte Zuckmayer damals.

Bis zu seinem Tod am 8. März 2013 hat der letzte Überlebende aus dem Kreis der Hitler-Attentäter um Stauffenberg, Ewald Heinrich von Kleist, Kritikern immer wieder entgegen gehalten, dass erst 1943 „durch unglaublich glückliche Umstände exorbitante Persönlichkeiten, charakterlich wie fachlich, in militärische Schlüsselpositionen kamen. Sie, die etwas verändern wollten, hätten „in einer schrecklich tatenlosen Zeit“ hinnehmen müssen, dass

die militärischen Spitzen in der Hierarchie versagten.

„In einer Diktatur zählt nur die Macht. Der Kern ist, soviel Macht in die Hand zu bekommen, um die Macht tatsächlich übernehmen zu können. Und diese Diktatur, das muss man zugeben, funktionierte lange fabelhaft, ein erstklassiges System! Und das zu beseitigen war wirklich unsagbar schwer... Was sollte der Einzelne, was sollte der Wissenschaftler, der Landwirt, der Gewerkschafter - was konnte er tun? Er konnte nichts tun gegen diesen Machtapparat!“

Viele kaum bekannte Verschwörer

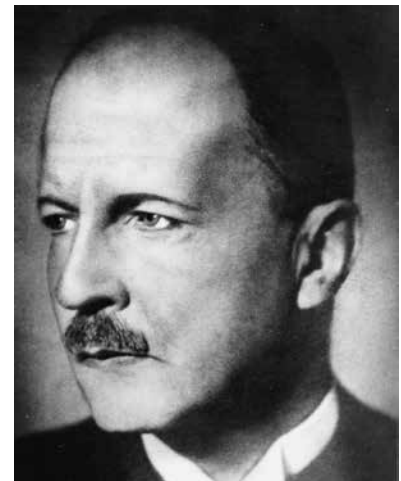
Eines seiner letzten Interviews hat Ewald Heinrich von Kleist der Theologin und ehemaligen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Antje Vollmer, und dem WELT-Redakteur Lars-Broder Keil gewährt. Das Gespräch, das einem Vermächtnis des im Alter von 90 Jahren Verstorbenen gleichkommt, beschließt den 2013 bei Hanser erschienenen Porträtband der beiden Autoren „Stauffenbergs Gefährten. Das Schicksal der unbekanntesten Verschwörer“ - ein Buch, das bewegt, anrührt und Anteilnahme erreicht.

Die Autoren stellen zehn Widerstandskämpfer - neun Männer und eine Frau - vor, insbesondere jene, die in der Literatur über den 20. Juli allenfalls als Nebenfiguren beschrieben werden. Sie stellen ein Gespräch mit Richard von Weizsäcker voran, der viele der Verschwörer persönlich kannte und deshalb seine Begegnungen mit Axel von dem Bussche, Fritz von der Schulenburg, Stauffenberg und von Kleist einfühlsam und nobel schildert.

Von Weizsäcker hat auch heute noch das Wesen von Friedrich Karl Klaußing vor Augen. Dem in Plötzen-see am Fleischerhaken gehenkten 24jährigen Offizier ist der erste Beitrag gewidmet. Der Leser erfährt, dass Stauffenberg seinem jungen Ordonnanzoffizier von Anfang an so vertraut hat, dass dieser ihn mit dem Sprengstoff in der Tasche am 11. Juli 1944 auf den Berghof am Obersalzberg begleiten durfte. Weil Himmler nicht anwesend war, wurde das Attentat im Einverständnis mit den Akteuren in Berlin abgesetzt. Klaußing war Stauffenbergs Begleiter auch am 15. Juli 1944 bei

der zweiten Gelegenheit zum Attentat, diesmal in der „Wolfsschanze“. Gleichwohl sind sein Name und seine Geschichte heute weitgehend vergessen. In seinem Abschiedsbrief an seine Eltern schrieb er: „So fragt nicht mehr nach mir, sondern laßt mich damit ausgelöscht sein.“

Antje Vollmer und Lars-Broder Keil geben in den zehn biografischen Skizzen den überwiegend unbekanntesten Akteuren des militärischen Widerstandes ein Gesicht. Die Autoren wollten, wie es in ihrem Vorwort heisst, die „Menschen unter all den historischen Bildern, Urteilen und Vorurteilen wiederentdecken.“ Das Buch enthält deshalb keine weitere Schilderung des versuchten Staatsstreichs, sondern zeichnet „das Handeln der Beteiligten erlebbarer, verständlicher, emotionaler“ nach. Das ist den Verfassern, wissenschaftlich u.a. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Ber-



*Ewald von Kleist-Schmenzin.
Foto: Gedenkstätte Deutscher
Widerstand, Berlin*

lin beraten, eindrucksvoll gelungen. Denn mehr als manche historische Abhandlung faszinieren Briefe, Tagebücher, Erinnerungen, Gespräche mit Angehörigen und Nachkommen eine breite Leserschaft. Was Menschen prägt, woher sie im Wissen um die Gefährdung des eigenen Lebens den Mut nahmen, „zu tun, was zu tun ist“, erschließt sich in jedem der Porträts, die nicht beziehungslos aneinander gereiht werden, sondern das Zusammenwirken aller Handelnden widerspiegeln.

Dass der junge Major Hans-Ulrich von Oertzen kurz vor und am 20. Juli

eine zentrale Rolle spielt, Marschzeiten für Ersatzheer-Einheiten festlegt, Listen von zu besetzenden Einrichtungen, darunter Behörden der SS und der NSDAP, erstellt und auf schnellere Marschbereitschaft bei Einheiten, die er besucht, dringt, ist in der Widerstandsforschung bekannt. Welche Erinnerung hingegen seine 21jährige Ehefrau Ingrid von Oertzen mit den Ereignissen verbindet und wie sich nach dem Freitod ihres 29 Jahre alten Ehemannes, der sich am Morgen des 21. Juli eine zuvor versteckte Gewehrsprenggranate in den Mund steckt, ihr Leben nach ihrer eigenen Verhaftung gestaltet, berichtet ein Sohn aus ihrer späteren Ehe. Ihn berührt an Oertzens Handeln, dass er „ein gerade gefundenes persönliches Glück“ höheren Werten untergeordnet habe. „Die Aufgaben, die das Leben an uns stellt, müssen wir lösen, um



*Henning von Tresckow.
Foto: Gedenkstätte Deutscher
Widerstand, Berlin*

wirklich zu leben“, hat Hans-Ulrich von Oertzen 1943 einmal zu seiner jungen Braut gesagt.

Alle in „Sippenhaft“ genommenen hinterbliebenen Familienangehörigen verkraften den Tod der Männer des 20. Juli nur schwer. Ihr Trauma hindert sie jahrelang, offen über den Verlust zu reden. Viele quält, dass es ihnen nicht vergönnt war, noch einmal mit dem Ehemann oder dem Vater reden zu können. Zu dem Schmerz kommt materielle Not. Und nach dem Kriegsende beginnt oftmals ein zäher Kampf mit der Bürokratie um Entschädigung und

Versorgungsleistungen. Bei nicht wenigen versinken ihre Erinnerungen in der Sprachlosigkeit. Angehörige und Mitarbeiter der Verschwörer können lange nicht über die Vergangenheit und die Ermordeten sprechen. Sie leiden vielfach unter der Diffamierung der Toten als Landes- und Hochverräter.

So hat Margarethe von Oven, die als Büroleiterin im Zentrum des Umsturzes die „Walküre“-Befehle geschrieben hat und Stauffenberg, Tresckow, Beck, Olbricht und alle anderen Mitverschworenen gut kannte, sich erst vierzig Jahre nach dem Krieg zu einem Interview bereit erklärt, das mit der Bitte endet, dass man ihr ja „kein Kränzchen winden“ möge.

Man stirbt nicht aus Opportunismus

„Je älter ich werde, desto häufiger wundere ich mich, dass ich überlebt habe“, bekannte Ewald Heinrich von Kleist zu seinem 90. Geburtstag. Während er Haft und KZ überstand, wurde sein Vater, Ewald von Kleist-Schmenzin, den er noch einmal im Gefängnis Lehrter Straße sprechen durfte, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und noch kurz vor dem Kriegsende, am 9. April 1945, in Plötzensee hingerichtet.

Von den Autoren Vollmer und Keil darauf angesprochen, dass den Teilnehmern des Hitler-Attentats nachgesagt wird, der Tod habe ihnen am wenigsten Gedanken gemacht, erwidert der mit 22 Jahren jüngste der Beteiligten am Staatsstreich: „Das ist ganz falsch. Der Tod war ein gewaltiges Thema. Auch für uns Soldaten. Wenn Sie jung sind, finden Sie den Gedanken an den Tod nicht sehr erfreulich.“

Die jungen Rekrutinnen und Rekruten, die am 20. Juli 2010 zu ihrem Feierlichen Gelöbnis vor dem Reichstag in Berlin angetreten waren, hat von Kleist an die Verantwortlichen des Aufstandes – „nicht weit von hier“ – erinnert: „Sie hatten keinen Erfolg und wir mussten den Weg bis zum Ende weitergehen. Auf dem bitteren Weg vom 20. Juli 1944 bis zum 8. Mai 1945 sind wesentlich mehr Menschen umgekommen als in sämtlichen Jahren des Krieges davor... Allein deswegen musste der Aufstand gewagt werden. Es ist hin-

terher, oder gelegentlich auch jetzt noch, den Männern vorgehalten worden, sie hätten aus Opportunismus gehandelt. Das ist eine extrem absurde Behauptung. Man kann zwar aus Opportunismus sehr viel tun, aber eins tut man ganz bestimmt nicht: Man stirbt nicht aus Opportunismus.“

Ein Unrechtsstaat ist nicht hochverratsfähig

Wer sein Augenmerk nur darauf richtet, dass es am 20. Juli 1944 nicht gelungen ist, Hitler und sein Regime zu beseitigen, das weitere Morden zu verhindern und den Krieg vorzeitig zu beenden, wird den Menschen, die ihr Leben für den Aufstand des Gewissens gaben, nicht gerecht. Die Anfeindungen und Verunglimpfungen der Widerstandskämpfer, die viele Angehörige verletzt und entmutigt haben, hat kein Geringerer als der ebenfalls vom NS-Regime politisch verfolgte und aus dem KZ nach Skandinavien geflüchtete Fritz Bauer als Braunschweiger Generalstaatsanwalt in einem leidenschaftlichen Plädoyer 1952 zurückgewiesen:

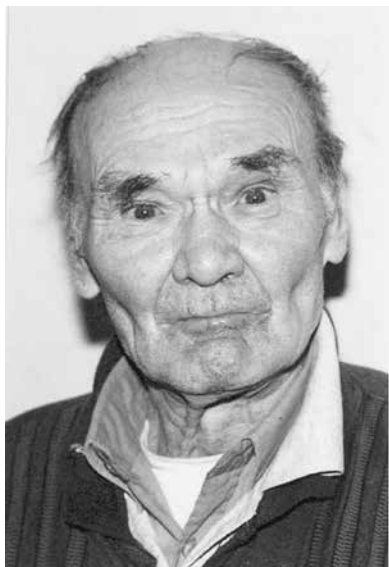
„Was die Widerstandskämpfer vollbracht haben, war das größte nationale Aktivum, mit dem wir Deutschen am Ende des Krieges den Alliierten entgegengetreten konnten. Es war das einzige Aktivum, das wir ins Feld führen konnten, als die Kollektivschuld uns ins Gesicht geschleudert wurde. Es war ein Aktivum, das wir dem Widerstand und nur ihm verdanken... Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass es ausgeschlossen ist, irgendeinem Teilnehmer des 20. Juli in irgendeinem Sinne vorzuwerfen, er habe den Vorsatz gehabt, Deutschland zu schaden. Einziges Ziel ihrer Handlungen war, Deutschland zu retten. Um dessentwillen kommt der Tatbestand des Landesverrats nicht zur Anwendung... Ein Unrechtsstaat, der täglich zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr. Ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich ist überhaupt nicht hochverratsfähig.“

Dr. Hans-Jürgen Grasmann (Jg. 1946) war Oberstaatsanwalt in Braunschweig und von 1988 bis 1994 stellv. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter.

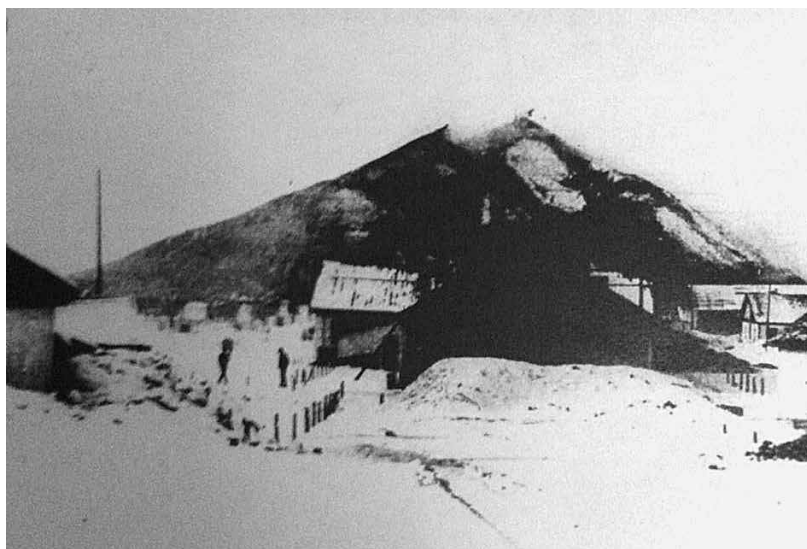
Die Jenaer Widerstandsgruppe Tzschach

Von Gerald Wiemers

Das Bild von Gustav Tzschach, drei Jahre vor seinem Tode, zeigt einen aufgewühlten Mann. Er ist gezeichnet von den 25 Jahren im einsam gelegenen Pflege- und Wohnheim Mupperg, nahe Sonneberg in Südtüringen. Der einst geistig rege Mann zieht sich zurück, spricht nicht aus, was er denkt. Sein politisches Credo scheint angepasst an den Zeitgeist. Die Quelle ist nur eine lokale Tageszeitung. Sechs Jahre Gulag in Workuta sind nicht spurlos an ihn vorübergegangen. Die einst kommunistische Grundhaltung ist längst zerborsten. Der Glaube an einen demokratischen Sozialismus ist zutiefst erschüttert. Nach der ersten deutschen Diktatur erlebt er die zweite in ihren Anfängen. Als Funktionär in der FDJ und SED wird ihm die Verlogenheit des Systems bewusst. Mit nur 20 Jahren verlässt er die politische Bühne, holt das Abitur nach und beginnt ein Jurastudium an der Universität Jena. Es sind die ersten Nachkriegsjahre. Groß sind die Hoffnung und der Glaube an einen demokratischen Neuanfang.



Gustav Tzschach 2002.
Foto: Pflegeheim Mupperg



Vorderansicht des offenen Verschlages des zugeschnitten Sägewerks des Schachtes 29 im Lager 10. Im Hintergrund ist der Poroda Berg erkennbar.
Foto: H. Hennig

Tzschach trifft alte Schulkameraden aus Sonneberg, die ähnlich denken wie er. Trotz Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED verfolgen die jungen Jurastudenten Gustav Tzschach, Walter Steiner und Heinz Heinkel sozialdemokratische Ziele. Sie bilden eine Widerstandsgruppe, die noch überwiegend legal arbeitet. Von besonderem Einfluss sind Vorlesungen des sozialdemokratischen Politologen Wolfgang Abendroth, der nur kurze Zeit vom Oktober bis Dezember 1948 in Jena lehrte. Zu der kleinen Gruppe stießen noch fünf weitere Studenten und ein Arbeiter, die alle der Sozialdemokratie nahestanden: Heinz Günzler, der später formal zur LDP wechselte, Werner Gutgesell, Karl-Jürgen Hirsch, Hans Rudolph, Franklin Schultheiß und Horst Kowohl, der in Oberschlema im Uranerzbergbau arbeitete.

Der „wegweisende und führende Kopf“, wie Walter Steiner schreibt, der kleinen Widerstandsgruppe war Gustav Tzschach, der aus einer sozialdemokratisch geprägten Familie kam. Diese Studenten verurteilten die zunehmend starre Haltung der

SED, als „Partei neuen Typus“, in enger Anlehnung an das stalinistisch bestimmte System der Sowjetunion. Sie suchten die geistige Auseinandersetzung, klärten auf und leisteten Widerstand gegen Formen der Rechtlosigkeit, gegen Terror und Gewalt. Ihr Widerstand erfolgte, so Heinz Heinkel, auf „rein demokra-



Gustav Tzschach 1948.
Foto H. Hennig



Franklin Schultheiß 1983.
Foto: MoSchle

tischem Wege der freien Meinungs- und Willensäußerung“. Man kam zwanglos und unregelmäßig zusammen. Das war nicht illegal. Die SPD war offiziell nicht verboten und der Einsatz für ihre Ziele auf dem Papier nicht strafbar. Tzschach, Gutgesell und Schultheiß stellten die Verbindung zum Ostbüro der SPD in Hannover her. Sie berichteten über die Verhältnisse in der SBZ. Das Ostbüro unterstützte die Gruppe mit Flugblättern und sonstigen Aufklärungsschriften. Teilweise geschah das auch über die Landesvertretung der SPD im nahen Coburg. Gustav Tzschach hat darüber hinaus mit dem britischen Labour-Abgeordneten Harold J. Laski (1893-1946), Vorsitzender der Labour-Party 1945-1946, Verbindung aufgenommen

In einer Diktatur konnte das nicht lange gut gehen. Es wird von Spitzeln berichtet. Am 8. und 9. Februar 1949 wird der erste Teil der Gruppe mit Tzschach, Heinkel, Gutgesell, Schultheiß, Kowohl und Hirsch vom sowjetischen Geheimdienst NKWD verhaftet; die anderen folgten am 3. (Rudolph), 5. (Günzler) und 8. (Steiner) März. Die Gruppenmitglieder wurden am 10. Mai 1949 von einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) in Weimar zu je 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt, wegen angeblicher illegaler Gruppenbildung, Spionage und an-

tisowjetischer Propaganda nach § 58 des Strafgesetzbuches der russischen Föderation. Anschließend erfolgte der Transport in das sowjetische Speziallager Bautzen, „Gelbes Elend“ genannt. Tzschach blieb dort nur einige Wochen. Sein Leidensweg führte über den „Roten Ochsen“ in Halle/S. nach Berlin-Lichtenberg und weiter nach Brest, Moskau und Workuta. Heinkel, Hirsch, Kowohl und Steiner blieben in Bautzen, Schultheiß' Weg führte über Waldheim nach Torgau, wo auch Günzler und Gutgesell einsaßen. Rudolph war zuletzt in Brandenburg inhaftiert. In aller Regel wurden die Verurteilten nach 5 bzw. 6 Jahren amnestiert, aber nicht freigesprochen. Bis auf Tzschach haben alle die DDR verlassen und in der Bundesrepublik ein neues Leben begonnen.

Tzschach war beschuldigt worden, Mitglied „einer illegalen Pro-Schumacher-Spionageorganisation“ gewesen zu sein. Die Vernehmungen zielten immer wieder darauf ab, wie und mit wem die Gruppe und insbesondere Tzschach mit dem Ostbüro der SPD in Kontakt gestanden haben. In Workuta hat Tzschach sechs Jahre im Sägewerk gearbeitet. Über ihn berichtet sein Mitgefangener und Freund Horst Hennig: „Sein wacher Geist ließ ihn sehr bald erkennen, dass Theorie und Praxis der von den Sowjets oktroyierten Ideologie nicht stimmten.“ Um den 19. Juni 1953 meldete Radio Moskau von den Ereignissen am 17. Juni in der DDR aus kommunistischer Sicht. Tzschach analysierte die Meldung und sprach vom Aufstand der Arbeiter gegen die Rote Diktatur. Den Aufstand in Lager 10, Schacht 29, vom 1. August 1953, mit 64 Toten und 123 Verletzten, haben Tzschach und Hennig überlebt. Die Folgeschäden blieben lebenslang. Nach der Rückkehr fühlte sich Gustav Tzschach seinen Eltern verpflichtet und arbeitete fortan 20 Jahre in dem Holzbetrieb seines Vaters in Steinach. Die Mutter starb bereits ein Jahr nach seiner Rückkehr. Nach dem Tode seines Vaters kam Gustav Tzschach, der an Haftnacherkrankungen litt,

in das Pflegeheim in Mupperg bei Sonneberg. Dort haben ihn Horst Hennig und Walter Steiner, der eine promovierter Mediziner und zuletzt Generalarzt der Bundeswehr, der andere promovierter Jurist und leitender Mitarbeiter bei IBM, besucht, auch nach der friedlichen Revolution. Eine Veränderung seiner äußeren Bedingungen hat er aber stets abgelehnt. In Mupperg ist er am 13. August 2005 gestorben.

Walter Steiner starb am 17. Juni 2007. Franklin Schultheiß, der sein Studium als Diplom-Sozialwirt in der Bundesrepublik abgeschlossen hat, wurde 1974 geschäftsführender Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung; er starb am 3. Mai 2006. Der SPD waren beide eng verbunden.

Die Jenenser Studentengruppe, die die Ideale der deutschen Sozialdemokratie verfocht und dafür viele Jahre im Gulag bzw. in DDR-Zuchthäusern zubringen musste, ist ein wichtiges Kettenglied zum frühen studentischen Widerstand in der SBZ/DDR.

Professor Dr. Gerald Wiemers ist Historiker und Archivwissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der Nazi- und SED-Diktatur sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig.



Walter Steiner 1984.
Foto: A. Steiner

Der Islamismus ist kein grüner Faschismus, aber religiöser Extremismus und Totalitarismus

Kritische Reflexionen anlässlich der Thesen von Hamed Abdel-Samad

Von Armin Pfahl-Traugher

Der Islamismus ist ein Faschismus, meint der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad in einem Aufsehen erregenden Buch, worin er auf eine Fülle von Gemeinsamkeiten verweist. Doch sprechen formale auch für inhaltliche Gemeinsamkeiten? Diese Frage stellt wiederum der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traugher und verwirft die Rede vom „Islamofaschismus“. Ein islamistisch-religiöses Konzept sei nicht kompatibel mit einem nationalistisch-säkularen Konzept. Statt politischer Kooperation gebe es aktuell mehr politische Konflikte zwischen Rechtsextremisten und Salafisten. Treffender als die Formulierung „islamischer Faschismus“ erscheint ihm die Rede von einem islamistischen Extremismus oder Totalitarismus. Denn damit werde die gemeinsame Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten durch Faschisten und Islamisten bei allen ideologischen Unterschieden eben treffend erfasst wie die gemeinsame Bejahung einer Gesellschaftsordnung mit totaler Kontrolle durch den Staat.

Der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad legte mit „Der islamische Faschismus“ (München 2014) ein neues Buch vor, worin er nicht nur den Islamismus als eine Form des Faschismus bezeichnet. Der Autor geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er der juristisch-politischen Seite des Islam faschistoide Tendenzen unterstellt. Lediglich hinsichtlich der sozialen und spirituellen Seite sei diese Bewertung nicht angemessen. Als einschlägige Belege bzw. Faktoren be-

nennt Abdel-Samad den Anspruch auf eine Beherrschung der Welt, den Dualismus von Gläubigen und Ungläubigen, die Glorifizierung der Gewalt und des Militärs, den Kampf gegen die Aufklärung und die Moderne, den Glauben an die moralische Überlegenheit der Muslime oder den Kult um eine charismatische Führerfigur. Die damit einhergehende Kritik, die der Autor bereits seit längerer Zeit in Artikeln und Vorträgen geäußert hatte, trug ihm eine Mord-Fatwa von islamistischen Fanatikern ein. Diese Feindschaft muss aber nicht für die Richtigkeit seiner Thesen stehen.

Eine kritische Prüfung der Angemessenheit einer Rede vom „islamischen Faschismus“ setzt die Kenntnis der grundlegenden Prinzipien des Faschismus voraus: Antisemitismus, Führerkult, Gemeinschaftsideologie, Gewaltakzeptanz, Massenmobilisierung, Nationalismus und Totalitarismus. Hierbei handelt es sich mal um formale und mal um inhaltliche Merkmale. Im letztgenannten Sinne bestehen eher Unterschiede, akzeptiert der Islamismus als religiöse Auffassung doch keinen Nationalismus als säkulare Position. Im Antisemitismus bestehen indessen inhaltliche Gemeinsamkeiten, wobei sie sich auf unterschiedliche ideengeschichtliche Grundlagen und gegenwärtige Motive zurückführen lassen. Demgegenüber können Parallelen bei Führerkult, Gemeinschaftsideologie, Gewaltakzeptanz, Massenmobilisierung und Totalitarismus ausgemacht werden. Indessen basieren sie nicht auf den gleichen Einstellungen, bezieht sich doch

die Gemeinschaftsideologie mal auf die Personen gleicher Ethnie, mal auf die Personen gleichen Glaubens.

Wie lassen sich nun die erwähnten Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezogen auf eine Einschätzung der oben genannten These von Abdel-Samad inhaltlich gewichten? Nimmt man eine Prüfung des Islamismus hinsichtlich der genannten sieben Merkmale des Faschismus vor, so kann man die jeweils analysierten und benannten Differenzen und Übereinstimmungen nur in bestimmten Bereichen ausmachen: Bei der inhaltlichen Ausrichtung mit einem positiven Bekenntnis zu bestimmten Normen lassen sich keine Gemeinsamkeiten konstatieren, bildet doch für die eine Seite die ethnische und für die andere Seite die religiöse Ebene den jeweiligen Bezugspunkt für das eigene ideologische Selbstverständnis. Da es dabei eben noch nicht einmal ansatzweise Berührungspunkte gibt, ja sogar die Sphäre des Glaubens und der Natur in ganz unterschiedlichen Kontextfeldern beheimatet sind, kann auch nicht das Fehlen von Gemeinsamkeiten verwundern. Im Gegenteil lehnt die jeweils eine Seite die ideologischen Grundlagen der jeweils anderen Seite ab.

Demgegenüber treten die Gemeinsamkeiten bei den Feindbildern, der Organisationsform und der Strategie in ihrer Bedeutung zurück. Erstere sind auf der Basis der unterschiedlichen Ideologien auch mit verschiedener Stoßrichtung entstanden. Die Übereinstimmungen in den Handlungs- und Strukturformen finden

sich darüber hinaus noch bei vielen anderen politisch-ideologisch ganz verschieden ausgerichteten Akteuren. Insofern reichen all diese Gemeinsamkeiten nicht aus, um den Islamismus bzw. Salafismus als besondere Form des Faschismus anzusehen. Dieser Terminus ist auch als Sammelbegriff für unterschiedliche Phänomene sehr stark durch eine ideologische Ausrichtung primär in einem nationalistischen bzw. rassistischen Sinne geprägt. Da diese eben gerade im Islamismus bzw. Salafismus kaum oder nicht auszumachen ist, kann die Rede von einem „grünen Faschismus“ oder „Islamofaschismus“ keine inhaltliche Angemessenheit beanspruchen. Insofern handelt es sich weniger um eine analytische Kategorie, sondern

mehr um ein politisches Schlagwort.

Diese Erkenntnis relativiert oder verharmlost nicht das Gefahrenpotential in dem gemeinten politischen Lager, müssen doch Risiken für Demokratie und Menschenrechte nicht nur in Form des Faschismus auftreten. Gerade die formalen Gemeinsamkeiten bezogen auf die Forderung nach einer identitären Gesellschaft mit der Gemeinschaftsideologie und dem tiefgreifenden Herrschaftsanspruch mit dem Totalitarismus lassen zwei andere Kategorien der Politikwissenschaft als erkenntnisfördernder für die Einordnung von Faschismus und Islamismus erscheinen. Gemeint sind die Extremismus- bzw. Totalitarismustheorie, die beide nicht von ideologisch-inhaltlichen Kriterien

ausgehen. Vielmehr stellen sie auf die Ablehnung der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates bzw. das Ausmaß eines Herrschaftsanspruchs gegenüber der Gesellschaft ab. In diesen Punkten bestehen auch Gemeinsamkeiten von Faschismus und Islamismus, womit man es eben auch mit den besseren Kategorien zur Einordnung zu tun hat.

Der Autor

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Jg. 1963, ist hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und gibt ebendort seit 2008 das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ heraus.

Der Nutzen der vergleichenden Extremismusforschung. Eine Fallstudie anhand der NSU-Serienmorde in zwanzig Thesen

Von Armin Pfahl-Traughber

1. Nach der Entdeckung der NSU-Serienmorde kam es zu einer polarisierten Diskussion, die sich zwischen den Extrem-Polen „Komplettes Versagen der Sicherheitsbehörden“ (Medien, Politik) und „Kaum Fehler bei der Bearbeitung“ (Polizei, Verfassungsschutz) bewegte.
2. Eine detaillierte und sachliche Erörterung folgender Fragen blieb dabei weitgehend aus: Warum war es so schwer, die Morde als rechtsextremistisch motiviert wahrzunehmen? Und: Wie hätte man die Morde doch als rechtsextremistisch motiviert wahrnehmen können?
3. Antworten auf beide Fragen kann die Perspektive der komparativen Extremismus- und Terrorismusforschung liefern, welche erst im Lichte von vergleichenden Betrachtungen eine differenzierte

Einschätzung der beiden unterschiedlichen Problemkomplexe möglich macht.

4. Angesichts von häufig vorkommenden Missverständnissen ist zunächst deutlich zu machen, dass die Gleichsetzung das Ergebnis einer Methode und der Vergleich die Methode der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden eines Phänomens ist.

Erkenntnisgewinn einer komparativen Betrachtung

5. Der Erkenntnisgewinn des Vergleichs bezieht sich erstens auf die Erfassung von Besonderheiten, können doch erst durch die komparative Betrachtung die jeweiligen Spezifika eines untersuchten Phänomens erfasst werden.
6. Der Erkenntnisgewinn des Vergleichs bezieht sich zweitens auf

die Einschätzung von Entwicklungen, werden doch erst durch den komparativen Blick auf andere Phänomene die Bewertungen „besondere Bedrohung“ oder „sinkende Relevanz“ möglich.

7. Der Erkenntnisgewinn des Vergleichs bezieht sich drittens auf die Formulierung von Prognosen, erlauben doch komparative Betrachtungen die Erfassung neuer Entwicklungen im jeweiligen Extremismusbereich oder anderen Extremismusbereichen im In- und Ausland.
8. Der Erkenntnisgewinn des Vergleichs bezieht sich viertens auf die Benennung von Ursachen, können doch mit der komparativen Perspektive die Bedingungsfaktoren für das Agieren gewaltgeneigter Gruppen ermittelt und eingeschätzt werden.

Warum war es so schwer, die Morde als rechtsextremistisch motiviert wahrzunehmen?

9. Fast alle rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten einschließlich der Tötungsdelikte der letzten Jahre erfolgten ohne längerfristige Planung aus einer spontanen Situation heraus (bei allerdings bestehender Gewaltneigung der rechtsextremistischen Täter).
10. Die seit Beginn der 1970er Jahre bestehenden rechtsterroristischen Gruppen konnten (mit einer Ausnahme) allenfalls ein halbes Jahr agieren und demnach binnen kurzer Zeit von den Sicherheitsbehörden erkannt und zerschlagen werden.
11. Für die geplante und gezielte Ermordung eines Menschen gibt es in der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus lediglich einen Fall, der noch dazu von einem (einschlägig organisierten) Einzeltäter durchgeführt wurde.
12. Im Unterschied zu Linksterroristen „kommunizieren“ Rechtsterroristen nicht mit Bekennerschreibern, stehen doch die Auswahl von Opfern und Tatorten für die politische Botschaft, was beim NSU nicht eindeutig der Fall war („kommunikationsloser Terrorismus“).

Wie hätte man die Morde doch als rechtsextremistisch motiviert wahrnehmen können?

Das in vordemokratische Verhaltensmuster zurück gefallene Russland versucht immer noch verzweifelt, sein ehemaliges Imperium zusammen zu halten. Mangel an zivilgesellschaftlichen Strukturen, Nationalismus statt Verfassungspatriotismus und Restaurierung alter Feindbilder kennzeichnen die Ausgangssituation in der Ostukraine, Hilflosigkeit und Aktionismus die Lage in der Westukraine. Was kann der Westen tun, um einer weiteren Eskalation entgegenzutreten und dabei keine Munition zu liefern, um ihn weiter anzuhetzen?

13. Die Gewaltdarstellungen in rechtsextremistischen Medien (Filme, Musiktexte) machen eine ansteigende Enthemmung deutlich, wobei man offen dem brutalen Agieren auch gegen wehrlose Opfer bis hin zur massenhaften Vernichtung huldigt.
 14. Die Rede von einer möglichen „Braunen RAF“ stand für eine überkommene Auffassung von terroristischem Agieren, das auch in anderen Extremismusbereichen nicht mehr primär aus hierarchischen Kommandostrukturen, sondern von eigenständigen Zellen ausgeht.
 15. Für geplante und kontinuierliche Morde an Menschen mit Migrationshintergrund stand mit dem „Lasermann“ ein Fall in Schweden, schoss der hier gemeinte John Ausonius doch zwischen August 1991 und Januar 1992 auf elf Personen mit diesem Zuschnitt.
 16. Für Anschläge mit Nagelbomben auf öffentlichen Straßen mit hoher Bewohnerdichte von Migranten stand mit David Copeland ein Fall in Großbritannien, verübte dieser Neonazi doch drei Anschläge solcher Art mit drei Todesopfern und fast 140 Verletzten.
- Nutzen der komparativen Perspektive für das Fallbeispiel NSU**
17. Bei der Auswahl von Objekten für eine komparative Erörterung verdienen Interesse (1) Bestrebungen im gleichen Extremis-

musbereich, (2) Bestrebungen in anderen Extremismusbereichen und (3) inner- wie interextremistische Bestrebungen im Ausland.

18. Die erwähnten Fälle rechtsextremistischer Gewalttaten in Großbritannien und Schweden müssen von den NSU-Mördern nicht als konkrete „Blaupause“ genutzt worden sein, indessen standen sie für eine bereits zuvor existente gleiche Form rechtsextremistischen Terrorismus.
19. Die organisatorische Entwicklung im islamistischen wie linken wie rechten Terrorismus im In- und Ausland macht deutlich, dass derartiges Agieren nicht mehr von hoch entwickelten Organisationsstrukturen, sondern von führerlosen kleinen Zellen aus erfolgt.
20. Die Annahme von einer „Braunen RAF“ bei den Sicherheitsbehörden steht für folgenden Sachverhalt: „Es fehlte nicht an gutem Willen und auch nicht an Einsatzbereitschaft, es fehlte an analytischem Vermögen und an Phantasie“ (Hans Leyendecker).

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung und ebendort Herausgeber des Jahrbuchs für „Extremismus- und Terrorismusforschung“.

Der ukrainische Kreidekreis

von Michail Logvinov

Die Entwicklungen der letzten Monate und die daraus resultierende dramatische Lage in der (Ost-)Ukraine ist ein Lehrstück über das Versagen der Politik und des Rechts, das zeigt, wie verbittert interne und ex-

terne Akteure für ihre (normativen) Interessen und Ziele ohne Rücksicht auf Verluste ringen. Diskussionen darüber, wie denn tatsächlich die ganzen Abläufe waren, die das Land an den Abgrund eines Bürgerkrieges

fürten, erübrigen sich insofern, als sich im Fall der Revolution auf dem Maidan das Thomas-Theorem („Wenn die Menschen Situationen als real definieren, so sind auch ihre Folgen real“) abermals bestätigt hat. Während auf der einen Seite der legitime Kampf für Freiheit und Demokratie contra „Diktatoren“ an die Wand gemalt wurde, sah man auf der anderen Seite einen Staatsstreik, der massiv von nationalistischen und rechtsextremistischen Kräften vorangetrieben wurde. Die Wahrnehmungsdiskrepanz war nicht nur für den Westen und Russland charakteristisch, auch im Inneren des Landes verlief die Trennlinie zwischen Regionen, Gebieten, Städten, Dörfern, Freundeskreisen und sogar Familien. Wie gesagt, die Frage danach, wer Recht habe, führt hier nicht weiter. Denn es lagen Situationsmerkmale vor, die die eine oder andere Seite in ihrer Wahrnehmung bestätigten. Und so nahm die Tragödie ihren Lauf.

Als der geschasste Präsident Wiktor Janukowitsch das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnete, weil sein wirtschaftlicher Teil offensichtlich gegen Interessen der ostukrainischen Industrie verstieß, vermochte er es nicht, die prekäre Lage der (west-)ukrainischen Gesellschaft zu erklären. Die Folge waren jene friedlichen Proteste, die man noch bewundert hatte, da sich die ukrainische Jugend für ihre Werte einsetzte. Dass das EU-Assoziierungsabkommen als solches auch von der ukrainischen Interimsregierung nicht akzeptiert wurde, stört inzwischen nicht mehr. Doch Wiktor Janukowitsch wurde dieser Bonus versagt. So spielte sich der erste Akt des ukrainischen Kreidekreises ab, in dem der Eindruck entstand, dass beide Nachbarn des gespaltenen Landes bereit sind, dem Kind weh zu tun.

Zugleich deutete sich das unübersehbare Versagen der Politik an. Innenpolitisch, weil an der Spitze des Landes sich korrupte „Ossis“ und „Wessis“ abwechseln, die ausschließlich ihre Klientel (und sich selbst) bedienen und sich um den Aufbau eines einheitlichen Staates mit gemeinsamen Werten nicht

scheren. Dann setzten sich konzeptlose Politiker wie Vitali Klitschko an die Spitze des Protests und gingen dabei „Koalitionen“ ein, die sie lieber hätten meiden sollen. Schüsse von offensichtlich beiden Seiten, rechtsextreme Politiker in der Interimsregierung, was viele Ukrainer als Affront empfanden, Gesetzesentwurf zur Einschränkung russischer Sprache, Einprügeln auf vermeintliche Feinde, antiterroristische Operationen, die von der Nationalen Garde und rechten Milizen flankiert werden – all das reiht sich in die angedeutete Tradition des Ost-West-Gefälles ein.

Auch auswärtige Akteure solidarisierten sich mit dem Protest, dessen aktivistisches Rückgrat radikale Gruppen waren, die die friedliche Mobilisierung instrumentalisierten. Die EU lieferte vorher mit ihrer rigiden Entweder-Oder-Vorgabe eine steile Vorlage für den Topos eines rücksichtslosen Tauziehens. Der Anspruch Deutschlands, sich international als Ordnungsmacht zu etablieren, nahm bei der ukrainischen Prüfung massive Schäden. Für Russland, das inzwischen seine „geistige Klammer“ in orthodoxem Glauben, ideologischer Westfeindlichkeit und „antifaschistischem Mythos“ fand, erschienen die beschriebenen Entwicklungen als Menetekel. Zugleich entdeckte der Kreml die mobilisierende Wirkung eines konfrontativen Szenarios, so dass die Popularitätswerte Putins und seines „Teams“ nach zahlreichen Protesten und erfolgreicher Etikettierung Putins selbst als „Dieb“ sowie seiner Partei als „Partei der Gauner und Diebe“ erneut durch die Decke schießen. So gelang es dem Kreml, die rein strategische Entscheidung der Krimübernahme wegen ihrer militärischen Relevanz als Patriotismus zu verkaufen und diesen zu befeuern. Und siehe da, das Mythologem des „Sammelns russischer Erden“ schlug so erfolgreich an, dass inzwischen die baltischen Staaten ebenfalls Alarm schlagen. Das militärische Säbelrasseln bringt Putin innenpolitische Pluspunkte.

Das Versagen des Rechts bestand in der Relativierung der Unregelmäßigkeiten, die mit der Ernennung der

neuen Regierung einhergingen. Man kann dies als Haarspalterei abtun. Doch der Verfassungspatriotismus ist nicht nur eine freiheitliche Floskel, sondern auch eine der rechtlichen Stützen. Auch das Völkerrecht hat massiven Schaden genommen, von dem Regime der „Sicherheitszusagen“ ganz zu schweigen.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass die Büchse der Pandora längst offen ist. Massive Wahrnehmungsdiskrepanzen führten zu massiven Problemen und Fehleinschätzungen. Das Genfer Abkommen ist ein Paradebeispiel dafür. Denn jede Seite hatte nur ihr Problemverständnis im Kopf. Der Versuch, Putin unter Druck zu setzen, scheiterte bis jetzt – und lieferte Rechtfertigungen für die einsetzende wirtschaftliche Misere: Nicht der korrupte Apparat, sondern die Sanktionen und der aggressive Westen seien schuld. Der Fall Ukraine zeigt zugleich, dass Russland seinen Einfluss – nicht ohne Finanzierung verschiedener, unter anderem krimineller Akteure – noch nicht eingebüßt hat. Der konfrontative Kurs ist daher kein gangbarer Weg, wollen wir uns nicht demnächst mit weiteren ähnlichen Szenarien herumschlagen müssen. Der Schlüssel zur Lösung des ukrainischen Konflikts liegt in Moskau, Washington und Brüssel. Die „Eltern“ müssen sich einigen, bevor das „Kind“ einen massiven Schaden nimmt. Kennzeichnenderweise bringt die Krise beiden Seiten momentan eher Vorteile, nur die Ukraine droht als Staat zu scheitern. Darüber hinaus sollte das primäre Interesse des Westens in der Demokratisierung Russlands ohne falsches Konkurrenzverhältnis zwischen Moskau und Brüssel bestehen, denn es war und bleibt wichtig, welches Licht der „rote Stern“ am Kreml um die Welt bzw. in seine Nachbarschaft strahlt.

Dr. Dr. Michail Logvinov ist Jahrgang 1979, geboren in Wolgograd. Er studierte Slawistik, Pädagogik, Germanistik, Politikwissenschaft sowie Neuere und Neueste Geschichte. 2004 promovierte er in Philologie in Wolgograd und 2011 in Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz.

Nürnberg – London und zurück: Meine persönliche Geschichte

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus waren Bayerischer Landtag und Gedenkstättenstiftung mit ihrem jährlichen Gedenkakt am 23. Januar 2014 zu Gast in der Kongresshalle in Nürnberg. Rudi Ceslanski, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg, hielt die Gedenkansprache. Sein Bericht vom Überleben in der Fremde und der Rückkehr nach Deutschland wie auch vom Schicksal der Nürnberger Juden, zu denen auch seine Eltern gehörten, ist ein wahrhaft eindrucksvolles Zeugnis.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Stamm, sehr geehrter Herr Direktor Freller, guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren,

mein Name ist Rudi Ceslanski. Ich bin 1933 in Nürnberg geboren. Im August 39, als ich sechs Jahre alt war und die Nazis immer brutaler wurden, schickten mich meine Eltern mit einem der letzten jüdischen Kindertransporte zu einer Cousine nach London. Meine Eltern wollten nachkommen, konnten Deutschland aber nicht mehr verlassen, denn drei Wochen nach meiner Abreise brach der Krieg aus. Zu meinen Eltern gab es keine Verbindung mehr.

Ich erlebte den Kriegsbeginn in London. Nacht für Nacht gab es Fliegeralarm. Unendliche Stunden verbrachten wir im Luftschutzbunker. Es explodierte viele Bomben. Große Angst hatten wir vor der V1. Es krachte fürchterlich und ganze Häuserreihen wurden zerstört. Oft brannte es in der Nachbarschaft. Das britische Parlament reagierte schnell. Zusammen mit Hunderttausenden englischen Kindern wurde ich aus London evakuiert. Unzählige Züge wurden eingesetzt, um uns nach dem Norden Englands in Sicherheit zu bringen. Ich kam nach Yorkshire in ein Kinderheim.

Es ging mir also teils gut, teils nicht so gut. Aber darauf kam es nicht an. Worauf es ankam, war, dass ich das

Glück hatte, aus Nazi-Deutschland heraus zu sein und in einem Land Aufnahme gefunden hatte, wo ich am Leben bleiben konnte. Aber was geschah mit meinen Eltern? Von 1939 bis 41 lebten meine Eltern im Rahmen der von Hitler erlassenen Rassegesetze als Menschen 2. Klasse in Nürnberg, mussten in Fabriken Zwangsarbeit verrichten, mussten ihre Wohnung räumen und in ein sogenanntes Judenhaus ziehen.

Am 26. November 1941 wurden meine Eltern und meine beiden Großmütter, zusammen mit 508 arbeitsfähigen Nürnberger Juden, von der Gestapo mit Polizeikraftwagen abgeholt und auf das Reichsparteitagsgelände zu einem Sammellager gebracht. Nach drei Tagen im Sammellager erfolgte am 29. November der Abtransport durch die Deutsche Reichsbahn. Im Zug befanden sich über 1000 Menschen. Zu den Personen aus Nürnberg waren noch 500 Juden aus Fürth, Bamberg, Bayreuth und Würzburg hinzugekommen. Bei der Abfahrt aus Nürnberg eilten viele an die Fenster, um nach der Fahrtrichtung zu schauen. Es ging am jüdischen Friedhof vorbei. Für alle, wenn es auch keiner aussprach, ein böses Vorzeichen. Nach drei Tagen und Nächten erreichte der Zug einen Verschiebebahnhof bei Riga in Lettland. Im Eiltempo mussten Alt und Jung die Waggons verlassen. Wahllos wurde von der SS mit Gummiknüppeln auf die Menschen eingepöbeln.

Es folgte ein Fußmarsch zum KZ Riga-Jungfernhof. Jeder hatte eine schwere Last zu tragen. Stolperte jemand, so brachten Fußtritte und Gewehrkolben ihn schnell wieder hoch. Jungfernhof war zuvor ein Gutshof gewesen. In den Stallungen standen jetzt Kojen mit bis zu 6 Schlafstellen übereinander. Laufend kamen neue Transporte an aus Hamburg, Stuttgart, aus dem Rheinland, aus Wien. Bald zählte das Lager über 5000 Personen. Im sogenannten Reichsjudengetto, in

den Lagern Jungfernhof und Salaspils und im Wald von Bikernieki nahm die systematische Ermordung der deutschen, österreichischen und tschechischen Juden ihren Anfang. Der zentrale Ort der Erschießungen war der Wald von Bikernieki. Dort findet man heute 55 Massengräber. An einzelnen Bäumen sieht man noch Einschusslöcher, an anderen erkennt man Brandnarben von den Leichenverbrennungen, die 1944 vor dem deutschen Rückzug durchgeführt wurden.

2001 wurde im Wald von Bikernieki eine Gedenkstätte errichtet. Eingeladen zur Einweihung waren Vertreter aller Städte, aus denen die Deportierten kamen. Die Vertreter der Gemeinden waren dem Wunsch der Gedenkstätte nachgekommen, Pergamentrollen mit Namenslisten ihrer Ermordeten mitzubringen. Ein Hohlraum im Gedenkstein nahm die Rollen auf und wurde anschließend für die Ewigkeit geschlossen - für alle, die hier namenlos erschossen, verscharrt und verbrannt wurden, symbolisch eine nachträgliche würdige Bestattung. Frau Riva Bluhm seligen Angedenkens und ich selbst waren als Vorstandsmitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg bei der Einweihung dabei. Die Massengräber waren inzwischen neu eingefasst und mit Natur-Säulen gekennzeichnet. Der nunmehr befestigte Waldweg, genannt der „Weg des Todes“ ist heute gesäumt von Betonsäulen mit Davidstern, Kreuz und Dornenkranz, als Symbole für die unterschiedlichen Opfergruppen.

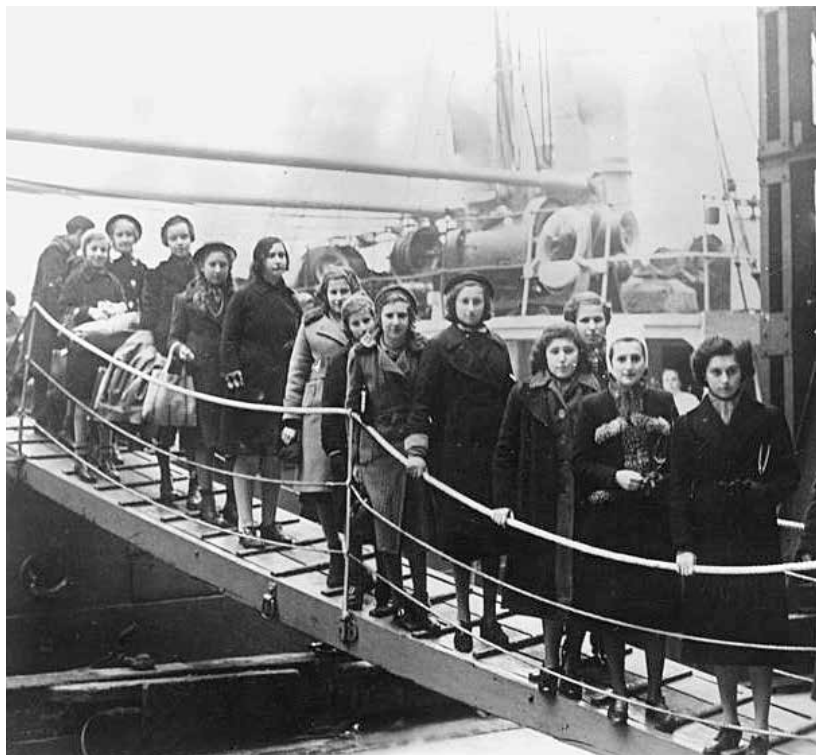
Mit dem Herannahen der Sowjetarmee wurde 1942 das KZ Jungfernhof aufgelöst und meine Eltern, zusammen mit weiteren Überlebenden, in das KZ Stutthof bei Danzig verbracht, ein entsetzliches Vernichtungslager, wo Männer, Frauen und Kinder gleich bei ihrer Ankunft für immer von einander getrennt wurden. Dort sah mein Vater meine Mutter zum letzten Mal. Das

Vernichtungslager Stutthof war ein Ort unvorstellbarer Leiden. Von den 110.000 in Stutthof inhaftierten Juden kamen die meisten ums Leben. Sie starben an den Folgen der miserablen hygienischen Zustände, der katastrophalen Unterbringung und der völlig unzureichenden Ernährung. Juden durften ohnehin nicht behandelt werden. Die halb verhungerten Kranken hatten keine Überlebenschance.

Im Frühjahr 1944, angesichts der immer näher kommenden russischen Front, verbrachte man meinen Vater und andere Überlebende in Marschkolonnen ins Reichsgebiet zurück. Weitere KZ-Stationen meines Vaters waren Buchenwald und Theresienstadt nördlich von Prag. 1945, nach Kriegsende, galt meine Mutter als verschollen und wurde von den Behörden offiziell für tot erklärt. Jahrelang besaß ich keinerlei Information, weder über ihren Sterbeort noch über ihren Todestag. Erst nach Öffnung der Ostgrenzen kamen Unterlagen zum Vorschein, die auch Angaben über meine Mutter enthielten. Damit erfuhr ich ihren Todestag. Sie starb am 12. Dezember 1944, gerade 32 Jahre alt, im Vernichtungslager Stutthof. Auch meine beiden Großmütter habe ich nie wieder gesehen.

1946 kam ich zurück zur Cousine in London. Eines Tages klingelte es an der Tür. Ich machte auf. Vor mir stand ein Mann in Uniform. Die nächsten Worte, meine Damen und Herren, möchte ich in Englisch wiedergeben, denn ich habe sie noch heute ganz klar im Ohr. Der Mann an der Tür sah mich an und sagte: „Hello, I'm looking for a boy called Rudi Ceslanski. Are you Rudi“? Und ich sagte: „Yes, that's me“, woraufhin er sagte: „I'm an American soldier, stationed in Germany and on vacation in England. In Nuremberg I happened to make the acquaintance of your father. He told me about you and gave me your address. He asked me to visit you and tell you that your father is alive and longing to see you“. Für mich war ein Wunder geschehen. Ich hatte wieder meinen Vater!

Kurz danach kam ich zu ihm nach Deutschland zurück. Nach 6 Jahren sahen wir uns endlich wieder. A day



Kinder polnischer Juden bei ihrer Ankunft mit der „Warschau“ in London, Februar 1939.
Foto: Bundesarchiv

I will never forget. Die schlimme KZ-Zeit hatte ihn sehr mitgenommen. Er hat sich nie wieder richtig erholt. Gelegentlich stellte ich ihm Fragen. Das, was er bereit war, mir zu erzählen, habe ich heute an Sie weitergegeben. Bis zu seinem frühen Tode hatte ich ihn nur 12 Jahre.

Ich lernte wieder deutsch und fasste Fuß bei der MAN in Nürnberg, wo ich anschließend 43 Jahre lang als Dolmetscher und Übersetzer tätig war. 1996 ging ich in den Ruhestand. Im gleichen Jahr wurde ich in den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg gewählt. Dort, unter der Leitung von Stadtrat Arno Hamburger seligen Andenkens, begann für mich eine Zeit, in der ich als Jude vieles über meine Religion lernte und mir klar wurde, wie wichtig es ist, sich in unserer Welt für Menschlichkeit und Toleranz einzusetzen, den Nächsten zu lieben und zu achten.

Von ganzem Herzen, meine Damen und Herren, danke ich dem Bayerischen Landtag und der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten für ihr unermüdliches Engagement auf dem wichtigen Gebiet der Erinnerungsarbeit. Auch wir von der Israe-

litischen Kultusgemeinde Nürnberg, im Rahmen unserer Synagogenführungen, lassen nicht nach, mit Schulkindern, Studenten, Lehrern und Erwachsenen über vergangenes deutsches Unrecht zu sprechen, alles in dem Bestreben, dass es niemals wieder zu einer Katastrophe kommt, wie wir sie in den Jahren 1933 bis 45 in unserem Lande erlebt haben.

Als gebürtiger Nürnberger ist es mir ein weiteres Herzensbedürfnis, allen Menschen meine Hochachtung auszusprechen, die dazu beigetragen haben, aus der einstigen Stadt der Reichsparteitage und der Rassegesetze die heutige moderne international anerkannte Stadt der Menschenrechte und des Friedens zu machen. Möge sie als Metropole unter guter Führung weiterhin blühen und gedeihen.

Ein allerletztes Wort, meine Damen und Herren: Als am 29. November 1941 der Zug nach Osten am jüdischen Friedhof in Nürnberg vorbeifuhr, war es wahrlich für die Insassen ein böses Vorzeichen. Von den 512 Nürnberger Juden dieses Transportes kamen nur 16 zurück. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Jürgen Maruhn – Ein Leben für die Freiheit

29. September 1937 – 11. November 2013

Geboren in Berlin und aufgewachsen in Dresden, gehörte Jürgen Maruhn der Generation an, die Nationalsozialismus und Krieg noch bewusst erlebt hat. Wenngleich aus der Perspektive des behüteten Kindes, so waren die ersten Jahre doch angefüllt mit prägenden Ereignissen. Vielleicht haben ihn diese frühen Erfahrungen empfänglich gemacht für alles, was danach kam. Endlich war Frieden, doch er spürte bald: auch in dem neuen Staat, der für sich in Anspruch nahm, das Gegenteil des untergegangenen Regimes zu verkörpern, war etwas faul.

Am 17. Juni 1953 traf der 16-jährige Oberschüler eher zufällig auf den Demonstrationszug der Dresdner Arbeiter und schloss sich ihm spontan an. Die Niederschlagung des Volksaufstandes durch die von der regierenden „Partei der Arbeiterklasse“ hilflos herbeigerufene Besatzungsmacht war für ihn Anlass, sich Politik und Gesellschaft noch bewusster zu machen. Seine Meinung trug er auch nach außen, entging mit Glück jedoch Sanktionen und durfte in der immer noch Stalins Erbe hütenden DDR sein Abitur ablegen. Er wollte es jedoch für die Zukunft nicht darauf ankommen lassen und wählte die Freiheit.

Im Sommer 1957 erreichte die Familie in Dresden die Nachricht, dass er aus dem Ferienaufenthalt bei Verwandten in Stuttgart nicht zurück käme. Eltern und Bruder übersiedelten etwas später, als sein Vater,

ein bekannter Mathematiker, einem Ruf der Universität Gießen folgte. An den Universitäten Stuttgart und Bonn besuchte Jürgen Maruhn Vorlesungen vieler namhafter Professoren der Geisteswissenschaften wie z. B. Vögelin und schloss sein Studium als Diplom-Volkswirt ab. Sein Interesse an der Gesellschaft war nicht nur theoretischer, sondern



Jürgen Maruhn (1937 – 2013) Foto: Manuela Lindl

immer auch praktischer Natur, und so trat er - zum einen aus Verbundenheit mit der Arbeiterschaft, die insbesondere dem Erleben des 17. Juni geschuldet war, zum anderen aus Bewunderung für Willy Brandt - in die SPD ein, die für ihn insbesondere die Partei in der Tradition von Kurt Schumacher und Ernst Reuter

war und der er trotz einiger Tiefschläge und vieler Krisen bis zuletzt treu blieb.

So beteiligte er sich 1960 an der Gründung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) als Gegengewicht zum berüchtigten Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der seiner „Mutterorganisation“ SPD in die linksradikale

Ecke entwichen war, und wurde dessen erster Bundesvorsitzender. Schon bald kam er in Kontakt mit führenden Köpfen der Sozialdemokratie; mit vielen, unter ihnen Annemarie Renger und Hans-Jochen Vogel, verband ihn eine lebenslange Freundschaft. Insbesondere die Verbindung zu Waldemar von Knöringen, der in Bayern eine ganze Generation von Sozialdemokraten prägte, war ausschlaggebend für Jürgen Maruhn, in die politische Bildung zu gehen und in der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel seine berufliche Laufbahn zu beginnen.

Als Transatlantiker und Verfechter der Westbindung der Bundesrepublik, als Befürworter der sozialen Marktwirtschaft und nicht zuletzt als leidenschaftlicher Gegner des Kommunismus fand er sich bald in der Riege

der Reformer innerhalb der SPD wieder. Folgerichtig war auch er 1974 bei der Gründung des Seeheimer Kreises dabei. Ein Jahr später erschien unter seiner Regie „Godesberg und die Gegenwart“, das erste theoretische Grundsatzpapier der Seeheimer. Mancher aus den Reihen der Sozialdemokratie war ihm dage-

gen nicht geheuer, wie z. B. der, den er spöttisch den „Napoleon von der Saar“ nannte.

Nach einigen Jahren in der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn verlegte Jürgen Maruhn 1970 seine berufliche Tätigkeit an die Akademie für Politische Bildung in Tutzing bei München. Viel Kopfschütteln brachte man im entgegen, wenn er - als Anhänger von Willy Brandts Ostpolitik und dem „Wandel durch Annäherung“ - vom zwangsläufigen Ende des sozialistischen Systems oder gar von einer möglichen Wiedervereinigung des geteilten Deutschland sprach. Zu dem Kreis, den er schon lange vor dem Mauerfall in der politischen Bildung ansprach, gehörten auch die ehemaligen politischen Häftlinge aus der DDR. Viele etablierte westdeutsche DDR-Forscher begegneten ihm mit Skepsis. Die Realität holte die Zweifler ein und gab ihm Recht.

Mit dem Mauerfall 1989 war die Freiheit, die er für sich in der Bun-

desrepublik schon lange gefunden hatte, auch für seine ostdeutschen Landsleute kein Traum mehr. Mit Elan widmete er sich der Aufgabe, Bürger aus Ost und West mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen an der Tutzingener Akademie und anderswo zusammenzubringen und vor allem den Opfern und Zeitzeugen der kommunistischen Diktaturen der DDR und anderer osteuropäischer Länder Raum und Gehör zu verschaffen.

Jürgen Maruhn war auch jemand, der ohne Wenn und Aber stets an der Seite Israels zu finden war und vehement gegen antijüdische Vorurteile anging. Das Anwachsen von Rechtsextremismus und Antisemitismus in den 90er Jahren veranlasste ihn, sich diesem Themenkreis in seiner Akademie-Tätigkeit verstärkt zuzuwenden und auch dafür ein Publikum weit über Bayern hinaus zu gewinnen.

Nach Beendigung seiner beruflichen Tätigkeit 2002 widmete er sich wie-

der intensiv der bayerischen SPD und verankerte in den folgenden Jahren die Seeheimer Oberbayern fest in der politischen Landschaft.

2004 übernahm Jürgen Maruhn die Redaktion von FREIHEIT UND RECHT, damals noch herausgegeben von Annemarie Renger als Vorsitzender des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV). An der Gründung des Bund Widerstand und Verfolgung Bayern (BWV-Bayern) war er maßgeblich beteiligt. Nach der Auflösung des ZDWV organisierte er die Übernahme der Herausgeberschaft von FuR durch den BWV-Bayern. Immer wieder aufs Neue gelang es ihm, namhafte, bewährte, aber auch junge, vielversprechende Autoren zur Bereitstellung von Beiträgen zu aktuellen und zeitgeschichtlichen Themen zu werben und eine Vielzahl neuer Leser anzusprechen.

Jürgen Maruhn wird noch lange in unserer Erinnerung weiterleben.

Neuerscheinungen

Armin Pfahl-Traughber

Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme

Springer VS, Wiesbaden 2014, 248 S., 24,99 €

Die mittlerweile vierte Auflage des Kompendiums „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“ des Extremismusforschers Armin Pfahl-Traughber – erstmals 1999 erschienen – dokumentiert zweierlei: ein ungebrochenes gesellschaftliches Interesse am Thema einerseits und die Qualität des Buches andererseits. Das weckt Erwartungen gegenüber der jüngsten Publikation aus der Feder des Autors: „Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme“. Diese Einführung dürfte es – wegen des Themas – deutlich schwerer haben als jene zum Rechtsextremismus. Obwohl der Band nicht der erste seiner Art ist, schließt er – konzipiert als

„Einführung und Gesamtdarstellung“ (S. 2) – eine Lücke, denn er ist aktuell, er kommt sachlich-nüchtern daher und er gewichtet alle Aspekte ähnlich stark.

Kaum etwas charakterisiert Pfahl-Traughbers Vorgehen besser als Vorsicht – ein Tribut an die jahrelange Arbeit auf dem wissenschaftlichen „Minenfeld“ Linksextremismus. Davon zeugen beispielsweise mehrere Versuche (z.B. S. V, 2, 20-21, 24-27, 181, 230), die Kritik auszuräumen, die linke Form des Extremismus werde mit der rechten, oder mit Kapitalismuskritik oder mit Sozialismusforderungen gleichgesetzt. Aufgrund der sprachlichen Präzision des Autors ist Redundanz jedoch unnötig. Wer ihn falsch verstehen will, lässt sich von wiederholten Hinweisen nicht beirren.

Zu Beginn schafft der Autor die Verständnisgrundlagen für den Neuankömmling auf dem Gebiet: Er beleuchtet bedeutsame Termini und legt die tragenden ideologischen Säulen des Linksextremismus frei: Marxismus und Anarchismus. Beim marxistischen Kommunismus

unterscheidet er zwischen der – auf die je wichtigsten Merkmale konzentrierten – „Darstellung“ und der eigenen „Einschätzung“. Seine Suche nach Indizien für Extremismus ignoriert zu Recht Hinweise auf die Person Karl Marx und beschränkt sich stattdessen auf Ideologiestrukturen: den Absolutheitsanspruch, das identitäre Gesellschaftsideal, das Plädoyer für eine Diktatur (des Proletariats). Ähnlich überzeugend und stringent, wenngleich deutlich knapper, verfährt Pfahl-Traughber anschließend mit Marxens ideologischen Eleven von Lenin bis Luxemburg. Dass die vielen Spielarten des Anarchismus im „Eilschritt“ und weniger systematisch präsentiert werden, ist schade, angesichts des im Vergleich zum Marxismus deutlich geringeren Theoriegehalts und eines wenig befriedigenden extremismustheoretischen Forschungsstandes jedoch verständlich.

Der folgende geschichtliche Abriss des Linksextremismus in Deutschland sticht durch zwei Besonderheiten hervor: Er setzt erst 1918 ein und er blickt ausschließlich auf die für den Kommunismus relevante KPD, nicht auf die Wurzeln des Anarchismus. Der Autor geht, wenn er die Partei skizziert, weder streng chronologisch noch nach inhaltlichen Gesichtspunkten vor. Dem Verständnis schadet das nicht, allenfalls der Ordnung im Inhaltsverzeichnis. Das gilt für die nüchternen Abschnitte zur DKP, zur MLPD, schließlich zur Partei Die Linke ebenso. Wenn beim letztgenannten Kapitel die Überschrift „Exkurs“ Zweifel an der Ausgewogenheit bei der extremismustheoretischen Analyse der Partei ausräumen soll, so ist sie unnötig, denn Pfahl-Traughbers Urteil könnte diplomatischer nicht ausfallen: „Es gibt erkennbare Entwicklungen in diese [gemeint ist die Demokratisierung] Richtung. Ihnen stehen aber auch andere Tendenzen gegenüber.“ (S. 123). Dabei spricht der Umstand, dass Die Linke nicht daran interessiert ist, an dieser Stelle Klarheit zu schaffen, Bände. Sie gestattet ein anderes Urteil als das des Autors.

Weniger das – zum Nachschlagen recht praktische – Organisationsverzeichnis nicht-parteilicher Formationen von „Avanti“ bis zum VVN – BdA und die eher aus historischer Sicht interessierenden Wegmarken des linken Terrorismus als vielmehr die Abschnitte zum subkulturellen Extremismus und zu linksextremen Handlungsfeldern warten mit aufschlussreichen Einsichten auf. Wegen der Quellenarmut kennzeichnet Kürze den – gerade mit Blick auf das Gewaltverständnis – differenzierend urteilenden Abschnitt zu den Autonomen. Nicht so sehr die Liste relevanter, aber unvollständiger Handlungsfelder (der Kampf für Feminismus fehlt etwa), als vielmehr deren von Pfahl-Traughber identifizierte Funktionen bereichern das Buch: Sie generieren gesellschaftliche Akzeptanz und politische Bündnisse, verwässern die Grenze zu linksdemokratischen Kräften, wirken integrativ und mobilisierend auf die eigene Szene und beeinflussen die politische Wahrnehmung (S. 192f.). Der eine oder andere Leser wäre über eine tiefer schürfende Analyse – etwa im Zuge einer Fusion mit dem Kapitel „Verhältnis Linksextremismus und Protestbewegungen“ – nicht traurig gewesen. Er erhält jedoch – wie im ganzen Buch – Empfehlungen zu weitergehender Literatur.

Der kursorisch-informative Blick „über den Tellerrand“ auf andere Länder soll die Situation in Deutschland einschätzen helfen. Dafür fehlt allerdings ein ausführlicher Vergleich. Warum der Autor hier zudem seine – nicht ganz trennscharfe – Typologie des partei- und organisationspolitischen, subkulturellen und terroristischen Linksextremismus aufgibt, um zwischen Aktions- und Parlamentsorientierung zu unterscheiden, erschließt sich nicht recht.

Das letzte Kapitel, einer Gefahreneinschätzung gewidmet, bleibt ein wenig hinter den anderen zurück: Da die Gefahrenindikatoren wie das Gefährdungsobjekt (Demokratie oder innere Sicherheit?) sich nicht erschließen und die Auflistung potentiell gefährlicher Phänomene unvollständig ist (die trotzkistische Partei für Soziale Gerechtigkeit fehlt etwa), kommen die Analysen über – alles in allem jedoch kenntnisreiche und überzeugende – Heuristiken nicht hinaus. Das Urteil, „das Gefahrenpotential des Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland [darf] weder dramatisiert noch verharmlost werden“ (S. 235), gleicht einer Banalität.

Alles in allem ist es Armin Pfahl-Traughber gelungen, eine flüssig geschriebene und konzise Einführung in den deutschen Linksextremismus vorzulegen. Seine Furcht vor „Fehldeutungen und Missverständnisse[n]“ (S. V) ist begründet, den Vorwurf der „Dramatisierung und Verharmlosung“ (S. V), gar einer unausgewogenen Darstellung braucht er sich jedoch nicht gefallen lassen. Im Gegenteil: Das Buch – aufgrund des kurzen Überblicks mehr Einführung als Gesamtdarstellung – hätte von einer größeren Entschiedenheit an der einen oder anderen Stelle (die mit Zuspitzung nichts zu tun hat) profitiert. Es sei jenen empfohlen, die eine erste Schneise in das ideologisch-organisatorische Dickicht einer heterogenen politischen Familie in Deutschland schlagen wollen.

Tom Mannewitz

Bettina Blank

Deutschland, einig Antifa? „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten

Baden-Baden 2014 (Nomos-Verlag), 412 S.

Aktivitäten im Namen des Antifaschismus müssen nicht per se politisch demokratisch oder moralisch gut sein: Die KPD bekämpfte am Ende der Weimarer Republik die SPD als „sozialfaschistisch“; die DDR nannte ihre Mauer den „antifaschistischen Schutzwall“; und Autonome werfen heute unter der Fahne der „Antifaschistischen Aktion“ Steine auf Polizeibeamte. Man muss demnach beim Antifaschismus genauer hinschauen, was die Politikwissenschaftlerin Bettina Blank in ihrer Studie „Deutschland, einig Antifa? ‚Antifaschismus‘ als Agitationsfeld von Linksextremisten“ tun will. Sie differenziert darin gleich zu Beginn: Für die einen bedeutet der Antifaschismus „eine moralisch konnotierte, individuelle Handlungsverpflichtung aus historisch begründetem Verantwortungsbewusstsein, anderen dient er

als Etikett für ein politisches Engagement, das letztendlich auf die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ausgerichtet ist“ (S. 9). Nur mit Letzterem – so erklären sich auch die Anführungszeichen – will Blank sich beschäftigen.

Zunächst beschreibt sie die ideen- und realgeschichtliche Herausbildung des kommunistischen „Antifaschismus“-Verständnisses, wobei es um die Dimitroff-Formel im Kontext der „Kommunistischen Internationale“, die Aussagen des Potsdamer Abkommens, den „Schwur von Buchenwald“ und die Rede vom „antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes“ geht. Letzteren hält die Autorin für eine Legende, sei dessen Basis doch gegen alle Formen der Diktatur und nicht nur gegen die faschistische Variante gerichtet. Danach behandelt Blank die Entwicklung des „Antifaschismus“ seit Beginn der 1990er Jahre, wobei die unterschiedlichen Stationen seit der Wende über die Reaktionen auf den 11. September 2001 und den Irakkrieg, den Erfolg der NPD in Sachsen 2004 und Kampagnen zur „sozialen Frage“ thematisiert werden. Erst danach geht es gesondert um die politischen Träger des „Antifaschismus“: die „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, die Partei „Die Linke“ und die „Autonomen“.

Deren besondere Methoden und Mittel bilden dann noch einen gesonderten thematischen Aspekt der Erörterung, wobei es um Bündnispolitik und Demonstrationen, Geschichtspolitik und „Nazi-Outing“ geht. Blank macht dabei deutlich, dass das Engagement gegen Rechtsextremismus auch mitunter zur Akzeptanz oder Förderung des Linksextremismus dienen kann. Über diese Form des „Antifaschismus“ bemerkt die Autorin dann bilanzierend: Er sei „insoweit als ‚revolutionär‘ zu bezeichnen, als er – wenn auch nicht gewaltsam – an den geistigen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft ansetzt, an gemeinsamen Werten und Normen, am Rechtsverständnis, am Geschichtsbild und an der Erinnerungskultur als historisch gewachsener politischer Sinnstiftung und gemeinschaftlicher Identitätsbildung“ (S. 392). Es ginge den gemeinten politischen Kräften darum, längerfristig gesehen den bisherigen Antiextremismus und Antitotalitarismus durch einen – linksextremistische Gefahren für eine Demokratie ausschließenden – „Antifaschismus“ zu ersetzen.

Was mitunter ein wenig dramatisierend wirken mag, kann die Autorin aber durch eine Fülle von Beispielen und Belegen argumentativ stützen. In der Tat tummeln sich beim Engagement gegen Rechtsextremismus mitunter sehr problematische politische Akteure, die mit

einer Akzeptanz von Demokratie und Gewaltfreiheit wenig zu tun haben. Blank kommt das Verdienst zu, in ihrer detaillierten und umfassende Darstellung darauf aufmerksam gemacht zu haben. Mitunter „erschlägt“ sie die Leser dabei aber durch eine Fülle von Einzelfakten und Zitaten, wodurch sich auch die über 1100 Fußnoten auf über 400 Seiten erklären. Vielleicht wäre hier eine Kürzung bei gleichzeitiger Erhöhung der Analyse wünschenswert gewesen. Indessen mindert diese Anmerkung nicht die Pionierleistung der Autorin, gab es bislang doch noch keine gesonderte Monographie zum Thema. Wichtig ist auch ihre kritische Distanz gegenüber polemischen „Kampfschriften“ von politisch weit rechts stehenden Autoren (vgl. S. 14f.), die mit berechtigter Kritik für ihre dubiosen Ziele werben.

Armin Pfahl-Traugher

Editorial

FREIHEIT UND RECHT beklagt den Tod von Jürgen Maruhn, der mit großem Engagement und sicherem Gespür für Themen und Autoren der Zeitschrift ihr Profil gegeben hat: eine Stimme für die Demokratie und eine Wächterin gegen ihre Feinde von links und rechts. Die Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts und der Kampf gegen die Versuche der Verharmlosung der Verbrechen der Regime waren die zentralen Anliegen. Das wird auch künftig so bleiben.

Der BWV Bayern hat das große Glück, mit Frau Barbara Szkibik eine Nachfolgerin für die Redaktionsleitung zu haben, die die Gewähr für die Kontinuität der Arbeit wie niemand sonst bietet. Als engagierte Mitstreiterin in der Bürgerbewegung der ehemaligen DDR, als Mitarbeiterin beim Aufbau der Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und als Extremismusreferentin im Innenministerium Brandenburg hat sie wichtige Erfahrungen im Arbeitsfeld von „Freiheit und Recht“ sammeln können. Sie hat schon bisher großen Anteil an der Erstellung unserer Zeitschrift; nur ihr ist es zu verdanken, dass die vorige Ausgabe trotz der schweren Krankheit von Jürgen Maruhn erscheinen konnte. Sehr zur Erleichterung von uns übrigen Verantwortlichen beherrscht sie zudem die Feinheiten der modernen Medientechniken.

Wir wünschen ihr und damit auch uns viel Erfolg.

Helmut Ritzer